

GEMEENSCHAPS- EN GEWESTREGERINGEN
GOVERNEMENTS DE COMMUNAUTE ET DE REGION
GEMEINSCHAFTS- UND REGIONALREGIERUNGEN

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2000 — 429

[C — 99/33108]

24. JUNI 1999 — Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft über Kleinkindbetreuung

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Auf Grund des Dekretes vom 9. Mai 1988 zur Schaffung eines Kinderhilfsfonds, zur Übernahme gewisser Personalmitglieder des Nationalen Kinderhilfswerks sowie zur Regelung der Beherbergung von Kindern unter 7 Jahren, insbesondere Artikel 1, Absatz 3, 5.,

Auf Grund des Einverständnisses des Minister-Präsidenten, zuständig für den Haushalt vom 9 Juni 1999;

Auf Grund des günstigen Gutachtens des Finanzinspektors vom 1 Juni 1999;

Auf Grund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, insbesondere des Artikels 3 § 1, abgeändert durch das Gesetz vom 4. Juli 1989;

Auf Grund der Dringlichkeit;

Da die bestehende Reglementierung den Entwicklungen in der Kleinkindbetreuung angepasst werden muss, um eine vollständige Rechtsgrundlage aller neu bereits bestehender Strukturen zu gewährleisten, und die Abänderungen den Betroffenen einige Monate im voraus mitgeteilt werden müssen, duldet die Verabschiedung vorliegenden Erlasses keinen Aufschub mehr.

Auf Vorschlag des Minister-Präsidenten, Minister für Finanzen, internationale Beziehungen, Gesundheit, Familie und Senioren, Sport und Tourismus,

Beschließt:

KAPITEL I — Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1 - Für die Anwendung vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Kleinkinder: Kinder unter 3 Jahren;
2. Tagesmütterdienst: Einrichtung, die prioritär die Kleinkindbetreuung durch Tagesmütter gewährleistet und mindestens 25 Tagesmütter beschäftigt sowie mindestens 50 Kleinkinder regelmäßig betreut.
3. Tagesmutter: Natürliche Person, die im Auftrag eines Tagesmütterdienstes prioritär Kleinkinder betreut;
4. Kinderkrippe: Einrichtung, die Kleinkinder betreut und eine Aufnahmekapazität von mindestens 18 Plätzen hat;
5. Projekte: die in einer Konvention zwischen der Regierung und einer natürlichen oder juristischen Person beschriebene Aufgabe oder Tätigkeit, die im Rahmen der Kleinkindbetreuung durchgeführt wird.
6. Erziehungsberechtigter: Person, die aufgrund der Zivilgesetzgebung, eines Mandates oder eines Beschlusses einer Behörde befugt ist, im Interesse des Kindes zu handeln;
7. Außerschulische Betreuung: Die Betreuung von Kindern von drei bis sieben Jahren vor und nach der Schule, Mittwochnachmittags und in den Schulferien.
8. D.K.F.: der Dienst für Kind und Familie des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
9. Minister: der zuständige Minister der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Art. 2 - Die Träger der in Artikel 1 unter 2. und 4. erwähnten Einrichtungen müssen:

- eine Vereinigung ohne Erwerbszweck oder eine öffentliche Einrichtung sein;
- im Rahmen des vorliegenden Erlasses für die Ausübung ihrer Tätigkeiten von der Regierung anerkannt werden.

Die Anerkennungsdauer beträgt höchstens 6 Jahre und kann verlängert werden. Der Antrag auf Verlängerung ist frühestens sechs Monate und spätestens drei Monate vor Ablauf der Gültigkeit der Anerkennung einzureichen. Er erhält die in den Artikeln 6 § 1 bzw. 29 § 1 vorgesehenen Unterlagen, insofern Änderungen eingetreten sind.

Art. 3 - Jeder Erziehungsberechtigte hat Zugang zu der im Rahmen dieses Erlasses geregelten Betreuung, wobei Kinder von Berufstätigen, Auszubildenden und Personen, die die Betreuung der Kinder aus sozialen und gesundheitlichen Gründen nicht gewährleisten können, prioritär berücksichtigt werden.

Jedem Kind werden unabhängig von Rasse, Staatsangehörigkeit, Geschlecht, Glauben oder Lebensanschauung optimale Möglichkeiten und Chancen zur Entfaltung geboten; hierzu wird die geistige und motorische Entwicklung, die Kreativität und Beziehungsfähigkeit des Kindes gefördert.

Art. 4 - Unbeschadet anderslautender zwingender gesetzlicher Bestimmungen sind die Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Erlasses beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrages anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

Art. 5 - Die Betreuung wird durch Personen gewährleistet, deren Anschauungen, Verhaltensweisen und Fertigkeiten im Umgang mit Kindern überprüft wurden und die ein verantwortungsbewusstes und pädagogisch fundiertes Handeln vorweisen.

KAPITEL II — *Tagesmütterdienst**Abschnitt 1 — Anerkennung*

Art. 6 - § 1 - Um anerkannt zu werden, reicht der Träger des Tagesmütterdienstes, nachstehend "Dienst" genannt, einen Antrag beim Minister ein, dem folgende Unterlagen beigefügt sind:

1. die Identität des Antragstellers;
2. die Satzungen der juristischen Person;
3. der Nachweis des Betreuungsbedarfs, unter Berücksichtigung der geographischen, demographischen und sozio-ökonomischen Gegebenheiten;
4. die Identität und Qualifikation der mit der Betreuung der Tagesmütter beauftragten Personen sowie des Verwaltungspersonals;
5. die beantragte Aufnahmekapazität und die Anzahl anzuerkennender Tagesmütter;
6. das Finanzierungskonzept;
7. das ausführliche pädagogische Konzept, das unter anderem detailliert die Zielsetzung, das Betreuungskonzept, die Umschreibung der Infrastruktur, die Funktionsbeschreibung des Personals und die Umschreibung der Zusammenarbeit mit dem Erziehungsberechtigten und anderen Institutionen beinhaltet;
8. die innere Geschäftsordnung, die Aufschluss über die Vertragsmodalitäten, die Arbeitsweise und das gesundheitsfördernde Konzept des Dienstes gibt.

Änderungen der in diesen Unterlagen enthaltenen Informationen sind dem D.K.F. binnen 5 Tagen mitzuteilen.

§ 2. Der Minister entscheidet nach Gutachten des D.K.F. über den Antrag auf Anerkennung. Der Anerkennungsbeschluss enthält die Anzahl genehmigter Tagesmütter sowie den gemäß Artikel 12 § 1 festgelegten Personalschlüssel.

Art. 7 - Der Dienst muss mindestens 25 Tagesmütter beschäftigen und mindestens 50 Kleinkinder regelmäßig betreuen.

Der Dienst kann einen Antrag auf Genehmigung zusätzlicher Tagesmütter beim Minister einreichen.

Der Dienst muss mindestens über das in Artikel 12 festgelegte Personal verfügen.

Art. 8 - Bei Nichterfüllung der Bestimmungen des vorliegenden Erlasses kann der Minister nach Gutachten des D.K.F. die Anerkennung entziehen und/oder die Bezuschussung ganz oder teilweise aussetzen oder reduzieren.

Abschnitt 2 — Betreuung

Art. 9 - § 1 - Die Betreuung muss von montags bis freitags während 10 Stunden pro Tag und an 220 Arbeitstagen pro Kalenderjahr gewährleistet sein.

In besonderen Situationen und in Notfällen kann eine Betreuung während der Nacht oder an Samstagen, Sonn- und Feiertagen erfolgen.

§ 2 - Der Dienst kann eine außerschulische Betreuung organisieren unter der Bedingung:

- dass der Auftrag der Kleinkindbetreuung prioritär erfüllt wird. Für die außerschulische Betreuung wird den Familien Vorrang gegeben, deren Kleinkinder bereits betreut werden/wurden.
- dass das festgelegte Betreuungskapital und die Höchstkazität eingehalten wird;
- dass die Tagesmütter sich frei für die Aktivität der außerschulischen Betreuung entscheiden können.

§ 3 - Leicht erkrankte Kinder können betreut werden, wenn keine Ansteckungsgefahr für die anderen betreuten Kinder besteht.

Der Dienst kann im Zweifelsfalle ein medizinisches Attest verlangen und/oder den D.K.F. zu Rate ziehen.

Ist ein Kind aus Krankheitsgründen mehr als 2 Tage abwesend, kann der Dienst vor Wiederaufnahme der Betreuung ein ärztliches Attest verlangen, das bestätigt, dass das betroffene Kind keine Ansteckungsgefahr für die anderen betreuten Kinder darstellt.

Art. 10 - Der Dienst gewährleistet:

1. die Entgegennahme und unverzügliche Bearbeitung der Betreuungsanfrage;
2. den Tagesmüttern jeweils ein Betreuungskapital von höchstens 80 Tagen pro Monat für die gesamten betreuten Kinder;
3. bei Möglichkeit die Kontinuität der Betreuung des Kindes beim zeitweiligen Ausfall einer Tagesmutter;
4. die kontinuierliche psycho-soziale Begleitung der betreuten Kinder in bezug auf deren Entfaltung, Erziehung und Gesundheit;
5. die Begleitung und Weiterbildung der Tagesmütter.

Eine Tagesmutter darf höchstens drei Kinder unter drei Jahren und insgesamt höchstens fünf Kinder unter sieben Jahren gleichzeitig betreuen, wobei ihre eigenen Kinder im betreffenden Alter in der maximalen Betreuungskapazität mitgerechnet werden.

Der Dienst kann der Tagesmutter zeitweilig eine Ausdehnung des zuerkannten Betreuungskapitals und der Betreuungskapazität erlauben.

Art. 11 - Das Personal des Dienstes steht in einem regelmäßigen Informationsaustausch mit dem Erziehungsberechtigten. Er lädt alle Erziehungsberechtigten gemeinsam mindestens einmal pro Jahr zu einem Gespräch ein, um auch deren Ansichten mit in das pädagogische Konzept einfließen lassen zu können.

Der Erziehungsberechtigte erhält schriftlich alle erforderlichen Informationen in bezug auf die Arbeitsweise des Dienstes.

Die dem Erziehungsberechtigten zugewiesene Sozialassistentin / Sozialkrankenschwester muss ihm während zuvor festgelegten Zeiten mindestens einmal wöchentlich telefonisch für Auskünfte und Problembesprechungen zur Verfügung stehen.

Das Personal informiert sich regelmäßig über die Lebensumstände, die Verhaltensweise, Gesundheit und Ernährung des Kindes in Zusammenarbeit mit der Tagesmutter und dem Erziehungsberechtigten und gewährleistet dessen Beteiligung an der Betreuungsaufgabe.

Die Erziehungsberechtigten werden regelmäßig in einer vom Dienst vorgesehenen Form über die Entwicklung ihres Kindes informiert.

Abschnitt 3 — Personalbestimmungen

Art. 12 - § 1 - Der Dienst muss über Fachpersonal gemäß nachfolgender kumulativen Tabelle verfügen:

Fachpersonal	Tagesmütter	Mindestanzahl betreuter Kinder unter 3 Jahren
1	25	50
1,5	26-38	51-76
1,75	39-44	77-88
2	45-57	89-114
2,5	58-70	115-140
3	71-83	141-166

Jedes Personalmitglied muss mindestens halbtags beschäftigt sein.

Das Fachpersonal muss über das Diplom einer Sozialassistentin oder Sozialkrankenschwester verfügen.

Das Fachpersonal hat vorrangig die Auswahl der Tagesmutter, die Vermittlung der zu betreuenden Kinder, die Beratung der Erziehungsberechtigten, sowie die Begleitung und Weiterbildung der Tagesmütter zur Aufgabe.

§ 2. Der Dienst verfügt über ein Sekretariat und bietet mindestens 1 mal wöchentlich offene Sprechstunden an.

Die für das Sekretariat zuständige mindestens halbtags beschäftigte Verwaltungskraft verfügt über das Diplom der Oberstufe des Sekundarunterrichtes.

§ 3. Der Dienst reicht jährlich im Februar eine Übersichtsliste mit dem im Vorjahr effektiv beschäftigten Personal ein. Diese Liste muss folgende Angaben über die Personalmitglieder enthalten: Geburtsjahr, Diplom, Funktion, Diensteintritt, Dienstalder, Arbeitsregime, die anwendbaren Gehaltstabellen sowie Bruttolohn.

Jede Personaländerung ist dem D.K.F. binnen 14 Tagen zu melden.

Abschnitt 4 — Tagesmütter

Art. 13 - Um für den Dienst als Tagesmutter tätig zu sein, muss die Person:

1. mindestens 18 und höchstens 65 Jahre alt sein;
2. sich einem Eignungsverfahren des Dienstes unterziehen. Dieses berücksichtigt die erzieherische Kompetenz, die zeitliche Verfügbarkeit, die Hygieneverhältnisse und die räumlichen Betreuungsmöglichkeiten sowie die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem Dienst und dem Erziehungsberechtigten. Die Methode zur Auswahl der Tagesmutter bedarf der vorherigen Zustimmung des D.K.F.;
3. ein für eine öffentliche Verwaltung bestimmtes Leumundszeugnis für sich und die volljährigen Personen, die dem Haushalt angehören und/oder regelmäßig Kontakt zu den zu betreuenden Kindern haben werden vorlegen. Bei Veränderung der Haushaltszusammensetzung gilt diese Verpflichtung ebenfalls für jedes neue Mitglied des Haushaltes. In begründeten Fällen kann der Dienst jederzeit erneut ein Leumundszeugnis dieser Personen bei der Tagesmutter anfragen.
4. jährlich den Beweis erbringen, dass sie an keiner ansteckenden Lungenkrankheit leidet;
5. außer ärztlichem Gegenattest den Beweis erbringen, dass sie selbst und die weiblichen Mitglieder ihrer Familie gegen Röteln immunisiert sind;
6. den Beweis erbringen, dass ihre eigenen Kinder unter 7 Jahren gemäß den Richtlinien des DKF geimpft wurden;
7. im Besitz einer Erlaubnis vom zuständigen Bürgermeister- und Schöffenkollegium sein.

Art. 14 - § 1 - Der Dienst hat der Tagesmutter gegenüber folgende Verpflichtungen:

1. er schließt mit ihr einen Vertrag gemäß den vom D.K.F. vorgegebenen Richtlinien ab. Der unterzeichnete Vertrag ist dem D.K.F. zuzustellen;
2. er unterstützt sie bei ihren Aufgaben und fördert bzw. erleichtert die Kontakte mit den Erziehungsberechtigten;
3. er stellt die zur Betreuung von Kleinkindern erforderliche Ausstattung zur Verfügung;
4. er schließt eine Haftpflichtversicherung zu ihren Gunsten ab;
5. er sorgt für ihre Weiterbildung.

Jede Tagesmutter muss mindestens während 10 Stunden pro Jahr an einer Weiterbildung teilnehmen. Diese umfasst Themenbereiche wie die Gesundheitserziehung, die Psychologie und allgemeine Erziehung des Kindes sowie die Entwicklung des Aufgabenfeldes der Tagesmutter.

Die Themen müssen dem DKF vor Weiterbildungsbeginn zugestellt und für gut befunden werden. Zu diesem Zweck reicht der Dienst vor Beginn eines Semesters ein Programm mit den geplanten Veranstaltungen ein.

Der Dienst muss dem DKF 14 Tage vor deren Bekanntmachung das Programm von zusätzlichen Weiterbildungsveranstaltungen zustellen.

§ 2 - Die Vermittlung von Kindern erfolgt über den Dienst.

§ 3 - Die der Tagesmutter zugewiesene Sozialassistentin / Sozialkrankenschwester muss während zuvor festgelegten Zeiten mindestens einmal wöchentlich im Dienst telefonisch für Auskünfte und Problembesprechungen zur Verfügung stehen.

Art. 15 - In begründeten Fällen und auf Anfrage des Dienstes oder des Erziehungsberechtigten wird die Tagesmutter mit den betreuten Kindern bei der durch den D.K.F. organisierten Vorsorgeuntersuchung vorstellig.

Abschnitt 5 — Einschreibung-Kostenbeteiligung

Art. 16 - § 1 - Voraussetzung für die Betreuung ist ein eingereichter Betreuungsantrag.

Jeder Betreuungsantrag wird in einem Register eingetragen, das mindestens die Identität und das Alter des Kindes, das Datum des Betreuungsantrags, und gegebenenfalls das der Unterzeichnung des Betreuungsvertrages und des festgelegten Betreuungsende und den beantragten und effektiven Betreuungsbeginn beinhaltet.

Der Dienst teilt dem Erziehungsberechtigten spätestens 8 Wochen vor der angefragten Betreuung verbindlich mit, ob eine Betreuung zum angefragten Termin gewährleistet werden kann.

Innerhalb einer Woche nach dieser Zusage bezahlt der Erziehungsberechtigte eine gemäß der Anlage 2 festgelegte Reservierungsgebühr.

Die Reservierungsgebühr wird einbehalten, wenn der Erziehungsberechtigte vor Vertragsabschluss seinen Betreuungsantrag zurückzieht.

Bei Beendigung des Betreuungsvertrages wird die Reservierungsgebühr zurückerstattet oder mit eventuell noch geschuldeten Beträgen verrechnet.

§ 2. Spätestens 2 Wochen vor Betreuungsbeginn schließt der Dienst einen Betreuungsvertrag mit dem Erziehungsberechtigten gemäß den vom DKF vorgegebenen Richtlinien ab.

Der Erziehungsberechtigte und der Dienst können den Vertrag mit einer Frist von 3 Monaten kündigen.

Art. 17 - § 1 - Die Beteiligung der Erziehungsberechtigten an den Kosten der Betreuung wird gemäß der Tabelle in der Anlage 2 errechnet.

Nicht einbegriffen sind Kosten für Diätkost, Medikamente, Windeln, Milchpulver, nicht geläufige Markenprodukte, und Biokost.

§ 2 - Eine Halbtagsbetreuung entspricht 0-5 Stunden und eine Ganztagsbetreuung 5 Stunden und mehr.

Für die außerschulische Betreuung entspricht eine Betreuung von 0-3 Stunden einer Dritteltagsbetreuung.

Für eine Ganztags- wird 100 %, für eine Halbtags- 60 % und für eine Dritteltagsbetreuung im Rahmen der außerschulischen Betreuung 33% der Tagesbeteiligung, entsprechend der Tabelle in der Anlage 2 festgelegt.

Wenn mindestens zwei Kinder eines Erziehungsberechtigten, wovon eines mindestens 3 Jahre alt ist, gleichzeitig betreut werden, beträgt die Beteiligung 100% für das Kind, das während eines Monats am häufigsten und 70 % für das Kind, das während desselben Monats am wenigsten betreut wurde.

Bei gleichzeitiger Betreuung von zwei Kindern unter drei Jahren beträgt die Beteiligung pro Kind 70 % der in Absatz 3 festgelegten Beteiligung. Diese Verringerung gilt ebenfalls für jedes Kind einer Familie, die mindestens 3 Kinder steuerlich zu Lasten hat.

Unter gleichzeitiger Betreuung ist die Betreuung durch die Krippe und/oder den Tagesmütterdienst zu verstehen.

Art. 18 - § 1 - Die Kostenbeteiligung wird aufgrund der kumulierten monatlichen Nettoeinkünfte des Haushaltes des Erziehungsberechtigten berechnet.

Ehepartner, Personen, die in eheähnlicher Gemeinschaft zusammenleben sowie Alleinerziehende gelten in diesem Sinne als ein Haushalt.

Als Einkünfte gelten:

1. die beruflichen Einkünfte;
2. die Sozialleistungen, wie Leistungen bei Krankheit oder Invalidität, Pensionen, Zulagen für Unfälle und Berufskrankheiten, Arbeitslosenunterstützung, Behindertenzulage oder die Entschädigung für Laufbahnunterbrechung;
3. das garantierte Einkommen, das gesetzlich festgelegte Existenzminimum, die Unterstützung des ÖSHZ;
4. die erhaltenen Alimente.

Als Referenzmonat für die Berechnung der Kostenbeteiligung gilt der Monat November. Eine Anpassung der Beteiligung erfolgt im Monat Januar eines jeden Jahres.

Der Erziehungsberechtigte reicht bei Unterzeichnung des Betreuungsvertrages die entsprechenden Einkommensbelege ein.

Anstelle dieser Belege kann der Dienst auch den letzten Steuerbescheid annehmen. In diesem Fall entsprechen die Einkünfte den steuerbaren Nettoeinkünften, die auf dem letzten Steuerbescheid vermerkt sind zuzüglich 20 %. Spätestens am 1. Juli eines jeden Jahres werden die Einkünfte des neuen Steuerbescheids berücksichtigt.

Kinderzulagen und Studienbeihilfen werden nicht berücksichtigt.

Nur tatsächlich gezahlte Alimente können von den Einkünften in Abzug gebracht werden.

Der Dienst weist den Erziehungsberechtigten darauf hin, dass jede Änderung des Haushaltseinkommens um mindestens 10 % des gemäß vorliegenden Artikels bestimmten Einkommens dem Dienst unverzüglich mitzuteilen ist. Der Dienst passt die Kostenbeteiligung ab dem Monat nach Eintreten der Veränderung entsprechend an.

Erfolgt die Mitteilung einer mindestens 10 %igen Einkommenserhöhung nicht, berechnet der Dienst bei Kenntnissnahme rückwirkend ab Betreuungsbeginn den Höchstsatz der in der Anlage 2 festgelegten Kostenbeteiligung.

§ 2 - Werden die in § 1 erwähnten Belege nicht vorgelegt, wird die höchste Kostenbeteiligung berechnet.

Art. 19 - Der Dienst kann die Kostenbeteiligung aufgrund der besonderen finanziellen Lage des Erziehungsberechtigten oder wenn das Haushaltseinkommen unter dem gesetzlich festgelegten Existenzminimum liegt, für eine Höchstdauer von 3 Monaten entsprechend verringern. Der Dienst führt eine Untersuchung über die besondere finanzielle Lage durch.

Insofern die in Absatz 1 beschriebene Lage andauert, reicht der Dienst 14 Tage vor Ablauf der bewilligten Dauer beim D.K.F. einen begründeten Antrag auf Fortführung der Verringerung der Kostenbeteiligung ein.

Art. 20 - Im Rahmen des im Vertrag festgelegten Betreuungsplanes steht dem Erziehungsberechtigten bei einer Betreuung an 5 ganzen Tagen pro Woche ein Kredit pro Betreuungsjahr in Höhe von 35 ganzen Tagen für die Abwesenheit des Kindes und für die Ferienausfallzeiten des Dienstes zu. Bei einer Teilzeitbetreuung werden die Kredittage im Verhältnis hierzu errechnet.

Außer bei Krankheit der Tagesmutter, für Urlaubstage der Tagesmutter, die 4 Wochen während der Monate, Juli und August überschreiten, oder bei einer Einweisung des Kindes in ein Krankenhaus, muss bei Abwesenheit eines Kindes über die gewährten Kredittage hinaus eine Gebühr in Höhe von 60% der festgelegten Kostenbeteiligung gezahlt werden.

Abschnitt 6 — Finanzielle Bestimmungen

Art. 21 - Die Tagesmutter erhält vom Dienst eine Kostenentschädigung von 440 Franken für einen ganzen und von 264 Franken für einen halben Betreuungstag. Für eine Dritteltagsbetreuung im Rahmen der außerschulischen Betreuung erhält die Tagesmutter 147 Franken.

Bei Anwendung von Artikel 24 § 2 wird die Entschädigung jeweils um 50% erhöht.

Bei Anwendung von Artikel 20 Absatz 2, erhält die Tagesmutter 220 Franken für einen ganzen, 110 Franken für einen halben Betreuungstag und 73 Franken für eine Dritteltagsbetreuung im Rahmen der außerschulischen Betreuung.

Art. 22 - Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel gewährt die Regierung Zuschüsse für die annehmbaren Personal-, Betreuungs-, Verwaltungs- und Weiterbildungskosten gemäß den nachfolgenden Bestimmungen.

Art. 23 - § 1 - Unter Berücksichtigung des in Artikel 12 § 1 festgelegten Personalschlüssels werden für die Bezuschussung der Personalkosten nur Personalmitglieder berücksichtigt, die über die in vorliegendem Erlass festgelegten Diplome verfügen. Die effektive Funktion der einzelnen Personalmitglieder ist für die Bezuschussung ausschlaggebend.

§ 2 - Für das in Artikel 12 § 1 erwähnte Fachpersonal erhält der Dienst einen gemäß der Anlage 1 I. festgelegten Pauschalzuschuß.

Dieser Zuschuß setzt sich aus folgenden Pauschalbeträgen zusammen: dem Durchschnitt des Bruttogehaltes zuzüglich des hierauf berechneten doppelten Urlaubsgeldes, dem Zusatz des doppelten Urlaubsgeldes, der Jahresendprämie, den Arbeitgeberlasten sowie sonstigen Gehaltskosten. Dieser Durchschnitt wird auf Zeitspannen von je 5 Jahren Dienstalster berechnet.

Für die Berechnung der Dienstjahre werden die bei Dienstantritt im Kinderbereich geleisteten beruflichen Tätigkeiten voll berücksichtigt. Andere berufliche Tätigkeiten werden zur Hälfte berücksichtigt.

Der D.K.F. erstellt jährlich im Januar und im Juli auf Basis der durch den Dienst eingereichten Unterlagen eine Bestandsaufnahme der Tagesmütter, die effektiv Kinder betreuen. Entspricht diese nicht dem in Artikel 12 § 1 festgelegten Personalschlüssel, kann die Bezuschussung 6 Monate nach dieser Feststellung entsprechend verringert werden.

§ 3 - Für die in Artikel 12 § 2 erwähnte Verwaltungskraft erhält der Dienst, wenn er mindestens 60 Tagesmütter beschäftigt, den in der Anlage 1.II festgelegten Pauschalzuschuss für eine Halbtagskraft. Vom 1. Januar 1998 bis zum 31. Juni 1999 entspricht dieser Pauschalzuschuss dem einer halbtagsbeschäftigten Sekretariatskraft gemäß der Anlage 1. IV.

Bei einer vorherigen beruflichen Tätigkeit wird das Dienstalster der Verwaltungskraft bei Dienstantritt zur Hälfte berücksichtigt.

§ 4 - Für das vollzeitbeschäftigte Fachpersonal wird für die Fahrtkosten eine Pauschalsumme von 2.930 BF pro Monat gewährt. Bei einer Teilzeitbeschäftigung wird der Betrag entsprechend verringert.

§ 5 - § 2 und § 3 vorliegenden Artikels werden am 1. Januar 1998 wirksam. § 4 vorliegenden Artikels wird am 1. Juli 1999 wirksam.

Art. 24 - § 1 - Für die Betreuungskosten erhält der Dienst einen Zuschuss, der der Differenz zwischen der in Artikel 21 festgelegten Tagesentschädigung der Tagesmütter und der Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten, einschließlich der in Artikel 20 vorgesehenen Gebühr, entspricht.

§ 2 - Der Dienst kann einen zusätzlichen Zuschuss in Höhe von 50 % der in Artikel 21 beschriebenen Tagesentschädigung für die Betreuung von Kindern mit einer Behinderung erhalten, insofern diese einer besonderen Pflege, intensiveren Betreuung und Zuwendung bedürfen.

Zu diesem Zweck reichen die Dienste einen individuellen Antrag zwecks Entscheidung beim D.K.F. ein, dem ein Gutachten einer spezialisierten Einrichtung oder eines Facharztes oder gegebenenfalls ein Sozialbericht beigelegt ist.

Art. 25 - Für verwaltungstechnische Kosten wird ein Zuschuß von 28,5 Franken pro Betreuungs- und gebührenpflichtiger Tag pro Kind gewährt.

Art. 26 - § 1 - Für die Organisation der in Artikel 14 § 1 erwähnten Weiterbildung der Tagesmütter und wenn die diesbezüglichen Auflagen erfüllt wurden, erhält der Dienst auf Grundlage von Belegen eine Jahrespauschale von höchstens 50.000,- BF. Für die Teilnahme der Tagesmutter an diesen Weiterbildungen und wenn die diesbezüglichen Auflagen erfüllt wurden, erhält der Dienst pro Tagesmutter eine Jahrespauschale von 1.500 Franken, die der Tagesmutter ausbezahlt ist.

Für die Organisation der Weiterbildung des Fachpersonals erhält der Dienst eine Jahrespauschale in Höhe von 30.000,- BF.

Um in den Genuss dieser Weiterbildungszuschüsse zu kommen, muss der Dienst am Ende eines jeden Jahres dem DKF eine Liste der Weiterbildungsteilnehmer des abschließenden Jahres vorlegen.

§ 2 - Vorliegender Artikel wird am 1. Juli 1999 wirksam.

Art. 27 - Die in Anwendung des vorliegenden Abschnittes gewährten Zuschüsse unterliegen folgenden Auszahlungsbestimmungen:

- Zu Beginn eines jeden Monats erhält der Dienst einen Vorschuss in Höhe von 90 % des durchschnittlichen Monatszuschusses, der im Januar eines jeden Jahres aufgrund der gezahlten Subsidien der zwei ersten Trimester des vorangegangenen Jahres festgelegt wird.

- Die Vorschüsse werden trimestriell nach Einreichen der Belege mit dem effektiv auszahlenden Zuschuß verrechnet.

- Für die nach dem Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses anerkannten Dienste wird ein erster Vorschuss sechs Monate nach Beginn der Tätigkeit gezahlt. Dieser Vorschuss wird aufgrund der durchschnittlichen annehmbaren Kosten der vorangegangenen sechs Monate berechnet.

Abschnitt 7 — Finanzverwaltung

Art. 28 - Der Dienst unterbreitet dem D.K.F. im November eines jeden Jahres einen Haushaltsvorschlag.

Spätestens am 31. Mai eines jeden Jahres stellt der Dienst dem D.K.F. eine Abschrift der Bilanz sowie der Ergebnisrechnung des vorangegangenen Jahres zu.

KAPITEL III — Kinderkrippen

Abschnitt 1 — Anerkennung und Aufgaben

Art. 29 - § 1 - Um anerkannt zu werden, reicht der Träger der Krippe einen Antrag beim Minister ein, der folgende Unterlagen enthält:

1. die Identität des Antragstellers;
2. die Satzungen der juristischen Person;
3. den Nachweis des Betreuungsbedarfes, unter Berücksichtigung der geographischen, demographischen, und sozio-ökonomischen Gegebenheiten;
4. die Identität und Qualifikation der mit der Betreuung der Kinder beauftragten Personen;
5. die beantragte Aufnahmekapazität;
6. das Finanzierungskonzept;
7. das ausführliche pädagogische Konzept, das unter anderem detailliert die Zielsetzung, das Betreuungskonzept, die Umschreibung der Infrastruktur, die Funktionsbeschreibung des Personals und die Umschreibung der Zusammenarbeit mit dem Erziehungsberechtigten und anderen Institutionen beinhaltet.

8. die innere Geschäftsordnung, die Aufschluss gibt über die Vertragsmodalitäten, die Arbeitsweise und das gesundheitsfördernde Konzept der Krippe.

Änderungen der in diesen Unterlagen enthaltenen Informationen sind dem D.K.F. binnen 5 Tagen mitzuteilen.

§ 2 - Die Krippe muss eine Aufnahmekapazität von mindestens 18 Plätzen aufweisen und über das in Artikel 35 festgelegte Personal verfügen.

§ 3 - Nach Gutachten des D.K.F. entscheidet der Minister über den Antrag auf Anerkennung. Der Anerkennungsbeschluss enthält die genehmigte Aufnahmekapazität sowie den gemäß Artikel 35 festgelegten Personalschlüssel. Für die Erweiterung der Aufnahmekapazität reicht die anerkannte Krippe einen begründeten Antrag beim Minister ein.

Art. 30 - Bei Nichterfüllung der Bestimmungen des vorliegenden Erlasses kann der Minister nach Gutachten des D.K.F. die Anerkennung entziehen und/oder die Bezuschussung teilweise oder ganz aussetzen oder reduzieren.

Abschnitt 2 — Betreuung

Art. 31 - Die Betreuung muss von montags bis freitags während 10 Stunden pro Tag und an 220 Arbeitstagen pro Kalenderjahr gewährleistet sein.

Leicht erkrankte Kinder werden betreut, wenn das erkrankte Kind keine Ansteckungsgefahr für die anderen betreuten Kinder darstellt. Zu diesem Zweck kann der Dienst ein ärztliches Attest verlangen. Im Zweifelsfalle entscheidet der für die Krippe zuständige Arzt über den Verbleib beziehungsweise über die Wiederaufnahme.

Die Eltern verpflichten sich, die Kinder entsprechend den Richtlinien des D.K.F. zu impfen.

Art. 32 - § 1 - Das Personal steht in einem regelmäßigen Informationsaustausch mit dem Erziehungsberechtigten. Die Krippe lädt alle Erziehungsberechtigten gemeinsam mindestens einmal pro Jahr zu einem Gespräch ein, um auch deren Ansichten mit in das pädagogische Konzept einfließen lassen zu können.

Der Erziehungsberechtigte erhält schriftlich alle erforderlichen Informationen in Bezug auf die Arbeitsweise der Krippe.

§ 2 - Das Personal informiert sich regelmäßig über die Lebensumstände, die Verhaltensweise, Gesundheit und Ernährung des Kindes in Zusammenarbeit mit dem Erziehungsberechtigten und gewährleistet dessen Beteiligung an der Betreuungsaufgabe.

Die Erziehungsberechtigten werden regelmäßig in einer von der Krippe vorgesehenen Form über die Entwicklung ihres Kindes informiert.

Abschnitt 3 — Räumliche und örtliche Bestimmungen

Art. 33 - Die Krippe muss sich an einem Ort befinden, der folgende Kriterien erfüllt:

- einfacher Zugang für die Öffentlichkeit;
- Verkehrssicherheit;
- kinderfreundliche Umgebung;
- Spielmöglichkeiten unter freiem Himmel.

Das Gebäude muss den anwendbaren Bestimmungen des Feuerschutzes entsprechen.

Wenn die Krippe Teil eines zu anderen Zwecken bestimmten Gebäudes ist, verfügt sie über einen getrennten Eingang.

Die Krippe verfügt über einen eigenen Telefonanschluss.

Art. 34 - § 1 - Die Mindestfläche für die gesamten Räumlichkeiten der Krippe beträgt 12m² pro Platz, wovon 5,5 bis 6m² als Spiel-, Erholungs-, und Essraum und 2 bis 3m² für den Empfang und die Pflege genutzt werden müssen.

In den für die Betreuung bestimmten Räumen betragen die Öffnungen für Tageslicht mindestens ein Sechstel ihrer Fläche.

§ 2 - Alle Räumlichkeiten sind leicht zu säubern, gut beleuchtet, durchlüftet und geheizt.

Alle den Kindern zugänglichen Räume sind mit Fußbodenbelag ausgelegt, der ein Ausrutschen verhindert.

§ 3 - Der Erholungsraum ist von den anderen Räumen getrennt. Wenn Säuglinge betreut werden, muss eine getrennte Ruhefläche vorgesehen werden.

Die Gestaltung der Küche erlaubt eine schnelle und einfache Verteilung der Nahrung.

Der Hygieneraum ist mit genügend Waschbecken, Wickeltischen und angepaßten Toiletten ausgestattet.

§ 4 - Die Krippe verfügt über ein Isolierzimmer mit Sichtkontakt zum Fachpersonal.

Abschnitt 4 — Personalbestimmungen

Art. 35 - Die Krippe muss über Fachpersonal gemäß nachfolgender kumulativen Tabelle verfügen:

Anzahl Plätze	Kinderbetreuerin	Sozialassistentin Sozialkrankenschwester
18	3	0,5
21	3,5	0,5
24	4	0,75
27	4,5	0,75
30	5	1

Jedes Personalmitglied muss mindestens halbtags beschäftigt sein.

Die Sozialassistentin/Sozialkrankenschwester muss über das entsprechende Diplom des höheren Unterrichtes verfügen. Sie ist vorrangig mit der Organisation und Verwaltung der Krippe, der Weiterbildung der Kinderbetreuerinnen sowie mit der Teambildung beauftragt. Sie ist das Bindeglied zwischen Dienst, Eltern und Kinderbetreuerin.

Die Kinderbetreuerin muss das Diplom einer Säuglingspflegerin vorweisen oder eine von der Deutschsprachigen Gemeinschaft anerkannte Ausbildung zur Kleinkindbetreuung erfolgreich abgeschlossen haben. Der Minister kann andere Diplome zulassen, wenn eine für die entsprechende Funktion nützliche Ausbildung und Erfahrung von insgesamt einem Jahr nachgewiesen werden kann.

Die Kinderbetreuerin nimmt an den durch die Krippe organisierten Weiterbildungen teil. Die Themen der Weiterbildung müssen vor Beginn dem D.K.F. zugestellt und für gut befunden werden. Zu diesem Zweck reicht die Krippe vor Beginn eines Semesters ein Programm mit den geplanten Weiterbildungsveranstaltungen ein.

Art. 36 - Der D.K.F. stellt der Krippe einen Arzt zur sozialmedizinischen Betreuung der Kinder zur Verfügung. Die sozialmedizinische Betreuung muss vorrangig folgendes umfassen:

- die ärztliche Beratung des Personals bei der Betreuung von kranken Kindern;
- die Erstuntersuchung des Kindes vor Beginn der Betreuung und die Entscheidung in strittigen Fragen bezüglich Verbleib oder Wiederaufnahme von Kindern;
- die Durchführung der Vorsorgeuntersuchungen in Zusammenarbeit mit dem D.K.F.

Art. 37 - Der Träger reicht jährlich im Februar eine Übersichtsliste mit dem im Vorjahr effektiv beschäftigten Personal ein. Diese Liste muss folgende Angaben über die Personalmitglieder enthalten: Geburtsjahr, Diplom, Funktion, Diensteintritt, Dienstaltes, Kopie des Arbeitsvertrags, die anwendbaren Gehaltstabellen und der Bruttolohn.

Jede Personaländerung muss dem D.K.F. binnen 14 Tagen gemeldet werden.

Abschnitt 5 — Einschreibung-Kostenbeteiligung

Art. 38 - Kapitel II Abschnitt 5 des vorliegenden Erlasses findet Anwendung.

Abschnitt 6 — Finanzielle Bestimmungen

Art. 39 - Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel gewährt die Regierung Zuschüsse für die Personal- und Weiterbildungskosten gemäß nachfolgenden Bestimmungen.

Art. 40 - § 1 - Unter Berücksichtigung des in Artikel 35 festgelegten Personalschlüssels werden für die Bezuschussung der Personalkosten ausschließlich Personalmitglieder berücksichtigt, die über die in vorliegendem Erlass festgelegten Diplome verfügen. Die effektive Funktion der einzelnen Personalmitglieder ist für die Bezuschussung ausschlaggebend.

§ 2 - Für das in Artikel 35 erwähnte Fachpersonal wird ein gemäß der Anlage 1 I. und III. berechneter Pauschalzuschuß gewährt. Dieser berücksichtigt die in Artikel 23 § 2, Absatz 2 erwähnten Elemente.

Wenn eine Kinderbetreuerin im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme eingestellt ist, beträgt die Bezuschussung die Differenz zwischen den in der Anlage 1 III. festgelegten Gehaltstabellen und den von der öffentlichen Hand gewährten Beihilfen.

Für die Berechnung des Zuschusses werden als Dienstalter bei Dienstantritt die bei anderen Diensten und im Kinderbereich geleistete berufliche Tätigkeit voll berücksichtigt. Bei anderen vorherigen beruflichen Tätigkeiten wird das Dienstalter zur Hälfte berücksichtigt.

§ 3 - Vorliegender Artikel wird am 1. Juli 1999 wirksam.

Art. 41 - § 1 - Für die Organisation der in Artikel 35 erwähnten Weiterbildung und wenn die diesbezüglichen Auflagen erfüllt wurden, erhält die Krippe auf Grundlage von Belegen eine Jahrespauschale von höchstens 30.000,- BF. Diese beinhaltet auch die Kosten der Weiterbildungen in medizinischen Fragen

§ 2 - Vorliegender Artikel wird am 1. Juli 1999 wirksam.

Art. 42 - Für die Betreuung von Kindern mit einer Behinderung kann die Krippe einen zusätzlichen Zuschuss pro Tag und pro Kind in Höhe von 220 Franken für einen ganzen und 132 für einen halben Betreuungstag beantragen, insofern diese einer besonderen Pflege, intensiveren Betreuung und Zuwendung bedürfen. Der Antrag ist zwecks Entscheidung beim DKF einzureichen. Dem Antrag sind ein Gutachten einer spezialisierten Einrichtung, eines Facharztes oder gegebenenfalls ein Sozialbericht beizufügen.

Abschnitt 7 — Finanzverwaltung

Art. 43 - Die Krippe unterbreitet dem D.K.F. im November eines jeden Jahres einen Haushaltsvorschlag.

Spätestens am 31. Mai eines jeden Jahres stellt die Krippe dem D.K.F. eine Abschrift der Bilanz sowie der Ergebnisrechnung des vorangegangenen Jahres zu.

KAPITEL IV — Allgemeine Bestimmungen

Art. 44 - Der durch die bestehenden Betreuungsformen unbeantworteten Nachfrage in der Kleinkindbetreuung kann im Rahmen von zeitlich und örtlich begrenzten Projekten nachgekommen werden.

Die Aufgabenbeschreibung und die Finanzierung dieser Projekte werden in der jeweiligen Konvention mit der Regierung geregelt.

Art. 45 - Die in den Artikeln 21, 23 § 4, 25 und 42 festgelegten Beträge sind an die Indexierung der Gehälter des öffentlichen Dienstes der Deutschsprachigen Gemeinschaft gebunden. Als Angelindex gilt 138,01.

Art. 46 - § 1 - Die in vorliegendem Erlass erwähnten Betreuungsformen unterliegen der Aufsicht des D.K.F.

Die mit der Prüfung beauftragten Beamten haben während den vorgesehenen Öffnungszeiten bzw. Besuchszeiten Zutritt zu den Räumen des Dienstes und das Recht, an Ort und Stelle alle Belege einzusehen, die sich auf die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezuschussten Betreuungsformen beziehen.

§ 2. Bei Unstimmigkeiten zwischen der Krippe/dem Dienst und dem Erziehungsberechtigten kann dieser sich an die hierzu eingerichtete Klärungsstelle wenden.

KAPITEL V — Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art. 47 - § 1 - Die bei Inkrafttreten vorliegenden Erlasses bestehende Kinderkrippe verfügt über eine Frist von 2 Jahren ab Inkrafttreten vorliegenden Erlasses um den in Kapitel III Abschnitt 3 festgelegten Bestimmungen zu entsprechen.

§ 2 - Die bei Inkrafttreten vorliegenden Erlasses bestehenden Betreuungsformen reichen 2 Jahre nach Inkrafttreten vorliegenden Erlasses einen Antrag auf Verlängerung der Anerkennung gemäß den Artikeln 6 bzw. 29 ein.

Art. 48 - Der Erlass der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 12. Juli 1990 zur Festlegung der Bedingungen für die finanzielle Beteiligung an den Funktionskosten der Tagesmütterdienste, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. Januar 1996, ist aufgehoben.

Art. 49 - Der Erlass der Regierung vom 18. März 1994 zur Festlegung der Kostenbeteiligung der Eltern an den Betreuungskosten durch Tagesmütter sowie zur Berechnungsmodalitäten dieser Selbstkostenbeteiligung ist aufgehoben.

Art. 50 - Unbeschadet der Artikel 23 § 5, 26 § 2, 40 § 3, und 41 § 2 wird vorliegender Erlass am 1. Januar 2000 wirksam.

Art. 51 - Der Minister-Präsident, Minister für Finanzen, internationale Beziehungen, Gesundheit, Familie und Senioren, Sport und Tourismus wird mit der Durchführung vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 24. Juni 1999

Der Minister-Präsident,
Minister für Finanzen, internationale Beziehungen,
Gesundheit, Familie und Senioren, Sport und Tourismus,
J. MARAITE

Anlage 1

Tabellen der Pauschalberechnung

I. Vollzeitiges Fachpersonal (Sozialassistentin/Sozialkrankenschwester)

Dienstjahre	Gehaltstabellen	Durchschnitt Brutto/Jahr	Pauschale pro Monat ab 1.01.1998	Pauschale pro Monat ab 1.07.1999
0	621.036	643.470	80.723	82.118
1	633.497			
2	645.958			
3	658.429			
4	658.429			
5	679.796	713.277	89.358	90.902
6	679.796			
7	701.163			
8	701.163			
9	804.465			
10	804.465	830.106	103.809	105.602
11	825.832			
12	825.832			
13	847.199			
14	847.199			
15	868.577	915.117	114.324	116.299
16	868.577			
17	889.944			
18	963.555			
19	984.932			
20	984.932	1.010.577	126.132	128.310
21	1.006.299			
22	1.006.299			
23	1.027.676			
24	1.027.676			
25	1.049.044	1.061.870	132.476	134.764
26	1.049.044			
27	1.070.421			
28	1.070.421			
29	1.070.421			

II. Vollzeitige Verwaltungskraft

Dienstjahre	Gehaltstabellen	Durchschnitt Brutto/Jahr	Pauschale pro Monat ab 1.07.1999
0	540.922	560.139	71.633
1	551.598		
2	562.274		
3	572.950		
4	572.950		
5	583.626	597.858	76.379
6	583.626		
7	597.858		
8	597.858		
9	626.321		
10	626.321	659.054	84.079
11	654.784		
12	654.784		
13	679.691		
14	679.691		
15	704.598	724.524	92.317
16	704.598		
17	729.505		
18	729.505		
19	754.412		
20	754.412	784.300	99.838
21	779.319		
22	779.319		
23	804.226		
24	804.226		
25	829.133	849.059	107.987
26	829.133		
27	854.040		
28	854.040		
29	878.947		

III. Vollzeitiges Fachpersonal (Kinderbetreuerin)

Dienstjahre	Gehaltstabellen	Durchschnitt Brutto pro Jahr	Pauschale pro Monat ab 1.07.1999
0	504.992	516.176	66.101
1	510.585		
2	516.178		
3	521.771		
4	527.353		
5	538.780	547.915	70.095
6	538.780		
7	550.197		
8	550.197		
9	561.623		
10	561.623	575.335	73.545
11	573.050		
12	573.050		
13	584.477		
14	584.477		
15	598.695	610.067	77.915
16	598.695		
17	612.913		
18	612.913		
19	627.121		
20	627.121	644.182	82.208
21	641.339		
22	641.339		
23	655.557		
24	655.557		
25	669.775	681.149	86.859
26	669.775		
27	683.993		
28	683.993		
29	698.211		

IV. Vollzeitige Sekretariatskraft

Dienstjahre	Gehaltstabellen	Durchschnitt Brutto pro Jahr	Pauschale pro Monat (ab 1.01.98)
0	448.796	458.392	57.831
1	454.127		
2	459.458		
3	464.789		
4	464.789		
5	473.265	480.046	60.509
6	473.265		
7	481.741		
8	481.741		
9	490.217		
10	490.217	500.388	63.025
11	498.693		
12	498.693		
13	507.169		
14	507.169		
15	520.701	531.527	66.877
16	520.701		
17	534.233		
18	534.233		
19	547.765		
20	547.765	564.003	70.894
21	561.297		
22	561.297		
23	574.829		
24	574.829		
25	588.361	599.187	75.246
26	588.361		
27	601.893		
28	601.893		
29	615.425		

Die Pauschalbeträge vorstehender Tabellen sind an die Indexierung der Gehälter des öffentlichen Dienstes der Deutschsprachigen Gemeinschaft gebunden. Als Angelindex gilt 138,01.

Gesehen, um dem Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Anerkennung und finanziellen Beteiligung an den Kosten der Betreuungsformen für Kleinkindbetreuung beigelegt zu werden.

Eupen, den 24. Juni 1999

Der Minister-Präsident,

Minister für Finanzen, internationale Beziehungen, Gesundheit, Familie und Senioren, Sport und Tourismus,

J. MARAITE

Anlage 2

Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten und Reservierungsgebühr

Einziges Artikel. Die tägliche Kostenbeteiligung der Nutznießer und die Reservierungsgebühr wird wie folgt festgelegt:

kumulierte monatliche Nettoeinkünfte	Beteiligung				Reservierungsgebühr
	100%	70%	60%	33%	
Einkommen bis 19.999	52	52	52	52	3.000
20.000 - 20.999	77	54	52	25	3.000
21.000 - 21.999	91	64	55	30	3.000
22.000 - 22.999	107	75	64	35	3.000
23.000 - 23.999	123	86	74	41	3.000
24.000 - 24.999	135	95	81	45	3.000
25.000 - 25.999	140	98	84	46	3.000
26.000 - 26.999	146	102	88	48	3.000
27.000 - 27.999	151	106	91	50	3.000
28.000 - 28.999	157	110	94	52	3.000
29.000 - 29.999	162	113	97	53	3.000
30.000 - 30.999	168	118	101	55	3.000
31.000 - 31.999	180	126	108	59	3.000
32.000 - 32.999	186	130	112	61	3.000
33.000 - 33.999	191	134	115	63	3.000
34.000 - 34.999	197	138	118	65	3.000
35.000 - 35.999	202	141	121	67	3.000
36.000 - 36.999	208	146	125	69	3.000
37.000 - 37.999	213	149	129	70	3.000
38.000 - 38.999	219	153	131	72	3.000
39.000 - 39.999	224	157	134	74	3.000
40.000 - 40.999	230	161	138	76	3.000
41.000 - 41.999	235	165	141	78	3.000
42.000 - 42.999	241	169	145	80	3.000
43.000 - 43.999	246	172	148	81	3.000
44.000 - 44.999	252	176	152	83	3.000
45.000 - 45.999	257	180	154	85	3.000
46.000 - 46.999	263	184	158	87	3.000
47.000 - 47.999	268	188	161	88	3.000
48.000 - 48.999	274	192	164	90	3.000
49.000 - 49.999	279	195	167	92	3.000

kumulierte monatliche Nettoeinkünfte	Beteiligung				Reservierungsgebühr
	100%	70%	60%	33%	
Einkommen					
50.000 - 50.999	285	200	171	94	5.000
51.000 - 51.999	290	203	174	96	5.000
52.000 - 52.999	296	207	178	98	5.000
53.000 - 53.999	301	211	181	99	5.000
54.000 - 54.999	307	215	184	101	5.000
55.000 - 55.999	312	218	187	103	5.000
56.000 - 56.999	318	223	191	105	5.000
57.000 - 57.999	323	226	194	107	5.000
58.000 - 58.999	329	230	197	109	5.000
59.000 - 59.999	334	234	200	110	5.000
60.000 - 60.999	340	238	204	112	5.000
61.000 - 61.999	345	242	207	114	5.000
62.000 - 62.999	351	246	211	116	5.000
63.000 - 63.999	356	249	214	117	5.000
64.000 - 64.999	362	253	217	119	5.000
65.000 - 65.999	367	257	220	121	5.000
66.000 - 66.999	373	261	224	123	5.000
67.000 - 67.999	378	265	227	125	5.000
68.000 - 68.999	384	269	230	127	5.000
69.000 - 69.999	389	272	233	128	5.000
70.000 - 70.999	395	277	237	130	5.000
71.000 - 71.999	400	280	240	132	5.000
72.000 - 72.999	406	284	244	134	5.000
73.000 - 73.999	411	288	247	135	5.000
74.000 - 74.999	417	292	250	138	5.000
75.000 - 75.999	422	295	253	139	5.000
76.000 - 76.999	428	300	257	141	5.000
77.000 - 77.999	433	303	260	143	5.000
78.000 - 78.999	439	307	263	145	5.000
79.000 - 79.999	444	311	266	147	5.000
80.000 - 80.999	450	315	270	149	7.000
81.000 - 81.999	455	319	273	150	7.000
82.000 - 82.999	461	323	277	152	7.000
83.000 - 83.999	466	326	280	154	7.000
84.000 - 84.999	472	330	283	156	7.000
85.000 - 85.999	477	334	286	157	7.000
86.000 - 86.999	483	338	290	159	7.000
87.000 - 87.999	488	342	293	161	7.000
88.000 - 88.999	494	346	296	163	7.000
89.000 - 89.999	499	349	299	165	7.000

kumulierte monatliche Nettoeinkünfte	Beteiligung				Reservierungsgebühr
	100%	70%	60%	33%	
Einkommen					
90.000 - 90.999	505	354	303	167	7.000
91.000 - 91.999	510	357	306	168	7.000
92.000 - 92.999	516	361	310	170	7.000
93.000 - 93.999	521	365	313	172	7.000
94.000 - 94.999	527	369	316	174	7.000
95.000 - 95.999	532	372	319	176	7.000
96.000 - 96.999	538	377	323	178	7.000
97.000 - 97.999	543	380	326	179	7.000
98.000 - 98.999	549	384	329	181	7.000
99.000 - 99.999	554	388	332	183	7.000
100.000 - 100.999	560	392	336	185	7.000
101.000 - 101.999	565	396	339	186	7.000
102.000 - 102.999	571	400	343	188	7.000
103.000 - 103.999	576	403	346	190	7.000
104.000 - 104.999	582	407	349	192	7.000
105.000 - 105.999	587	411	352	194	7.000
106.000 - 106.999	593	415	356	196	7.000
107.000 - 107.999	598	419	359	197	7.000
108.000 - 108.999	604	423	362	199	7.000
109.000 - 109.999	609	426	365	201	7.000
110.000 - 110.999	615	431	369	203	7.000
111.000 - 111.999	620	434	372	205	7.000
112.000 - 112.999	626	438	376	207	7.000
113.000 - 113.999	631	442	379	208	7.000
114.000 - 114.999	637	446	382	210	7.000
115.000 - 115.999	642	449	385	212	7.000
116.000 - 116.999	648	454	389	214	7.000
117.000 - 117.999	653	457	392	215	7.000
118.000 - 118.999	659	461	395	217	7.000
119.000 - 119.999	664	465	398	219	7.000
120.000 und mehr	669	468	401	221	7.000

Gesehen, um dem Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Anerkennung und finanziellen Beteiligung an den Kosten der Betreuungsformen für Kleinkindbetreuung beigelegt zu werden.

Eupen, den 24. Juni 1999

Der Minister-Präsident,

Minister für Finanzen, internationale Beziehungen, Gesundheit, Familie und Senioren, Sport und Tourismus,

J. MARAITE

TRADUCTION
 MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2000 — 429

[C - 99/33108]

**24 JUIN 1999. — Arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone
 relatif à l'accueil des jeunes enfants**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 9 mai 1988 créant un Fonds pour l'Enfance, visant la reprise de certains membres du personnel de l'Oeuvre Nationale de l'Enfance et portant réglementation de l'hébergement d'enfants de moins de sept ans, notamment l'article 1, alinéa 3, 5°;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 9 juin 1999;

Vu l'avis favorable de l'Inspecteur des Finances, donné le 1^{er} juin 1999;

Vu les lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1, modifié par la loi du 4 juillet 1989;

Vu l'urgence;

Considérant que l'adoption du présent arrêté ne souffre aucun délai étant donné que la réglementation actuelle doit être adaptée à l'évolution que connaît l'accueil de la petite enfance afin de garantir une base juridique complète pour toutes les nouvelles structures existant déjà et que les modifications doivent être communiquées quelques mois à l'avance aux intéressés;

Sur la proposition du Ministre-Président, Ministre des Finances, des Relations internationales, de la Santé, de la Famille et des Personnes âgées, du Sport et du Tourisme,

Arrête :

CHAPITRE I. — *Dispositions générales*

Article 1^{er}. Pour l'application du présent arrêté, l'on entend par :

1° jeunes enfants : les enfants de moins de 3 ans;

2° service de gardiennes d'enfants à domicile : une institution qui assure prioritairement la garde de jeunes enfants par le biais de gardiennes d'enfants à domicile, qui emploie au moins 25 gardiennes et accueille régulièrement 50 jeunes enfants au moins;

3° gardienne : une personne physique qui garde prioritairement des jeunes enfants pour compte d'un service de gardiennes d'enfants à domicile;

4° crèche : une institution qui accueille des jeunes enfants et a une capacité d'au moins 18 places;

5° projets : la mission ou l'activité qui est décrite dans une convention passée entre le Gouvernement et une personne physique ou morale et qui est menée dans le cadre de la garde de jeunes enfants;

6° personne chargée de l'éducation : une personne qui, en vertu de la législation civile, d'un mandat ou d'une décision prise par une autorité, est habilitée à agir dans l'intérêt de l'enfant;

7° accueil extrascolaire : l'accueil d'enfants de 3 à 7 ans avant et après l'école, le mercredi après-midi et durant les vacances scolaires;

8° D.K.F. : le "Dienst für Kind und Familie" (Service pour l'enfant et la famille) du Ministère de la Communauté germanophone;

9° Ministre : le ministre compétent de la Communauté germanophone.

Art. 2. Les pouvoirs organisateurs des institutions visées à l'article 1, 2° et 4°, doivent :

- être une association sans but lucratif ou un organisme public;

- être, dans le cadre du présent arrêté, agréés par le Gouvernement pour exercer leurs activités.

La durée d'agrément est de six années au plus et peut être prorogée. La demande de prorogation doit être introduite au plus tôt six mois et au plus tard trois mois avant le terme de l'agrément. Les documents prévus respectivement aux articles 6, § 1 et 29, § 1 y sont joints si des modifications sont intervenues.

Art. 3. Toute personne chargée de l'éducation d'un enfant a accès à la garde régie par le présent arrêté, une priorité étant accordée aux enfants de personnes qui exercent une profession, suivent une formation ou ne peuvent assurer la garde d'enfants pour des raisons sociales ou sanitaires.

Des possibilités et chances d'épanouissement maximales sont offertes à chaque enfant, indépendamment de la race, de la nationalité, du sexe, des convictions religieuses ou philosophiques, en promouvant le développement intellectuel et moteur, la créativité et les facultés relationnelles de l'enfant.

Art. 4. Sans préjudice de dispositions légales contraignantes contraires, les personnes qui sont partie prenante à l'exécution du présent arrêté doivent traiter confidentiellement les faits qui leur sont confiés dans le cadre de l'exercice de leur mission.

Art. 5. La garde est assurée par des personnes dont les idées, le comportement et la capacité à s'occuper d'enfants ont été contrôlés et qui agissent de façon responsable en se basant sur des principes pédagogiques.

CHAPITRE II. — *Service de gardiennes d'enfants a domicile**Section 1. — Agréation*

Art. 6. § 1. Pour être agréé, le pouvoir organisateur du service de gardiennes d'enfants à domicile, ci-après dénommé "service", adresse au Ministre une demande accompagnée des documents suivants :

- 1° l'identité du demandeur;
- 2° les statuts de la personne morale;
- 3° la preuve qu'un besoin d'accueil existe, en tenant compte des données géographiques, démographiques et socio-économiques;
- 4° l'identité et la qualification tant des personnes chargées de l'encadrement des gardiennes que du personnel administratif;
- 5° la capacité d'accueil demandée et le nombre de gardiennes à agréer;
- 6° le plan de financement;
- 7° le "concept pédagogique" circonstancié, qui reprend entre autres de façon détaillée l'objectif, la garde envisagée, ainsi que la description de l'infrastructure, des différentes fonctions du personnel et de la coopération avec la personne chargée de l'éducation et les autres institutions;
- 8° le règlement d'ordre intérieur qui explicite les modalités du contrat, le fonctionnement du service et la promotion sanitaire visée par lui.

Toute modification apportée aux informations contenues dans ces documents doit être communiquée dans les 5 jours au D.K.F.

§ 2. Le Ministre statue sur la demande d'agréation sur avis du D.K.F. La décision d'agréation stipule le nombre de gardiennes agréées ainsi que la clef de personnel fixée conformément à l'article 12, § 1.

Art. 7. Le service doit employer au moins 25 gardiennes et accueillir régulièrement 50 jeunes enfants au moins.

Le service peut adresser au Ministre une demande d'agréation pour des gardiennes supplémentaires.

Le service doit au moins disposer du personnel fixé à l'article 12.

Art. 8. S'il n'est pas satisfait aux dispositions du présent arrêté, le Ministre peut - sur avis du D.K.F. - retirer l'agréation et/ou suspendre en tout ou partie le subventionnement ou réduire celui-ci.

Section 2. — Accueil

Art. 9. § 1. L'accueil doit être assuré du lundi au vendredi pendant 10 heures par jour et durant 220 jours ouvrables par année civile.

Dans des situations particulières ou dans des cas urgents, un accueil peut avoir lieu la nuit ou les samedis, dimanches et jours fériés.

§ 2. Le service peut organiser un accueil extrascolaire à condition que :

- la mission d'encadrement des jeunes enfants soit assurée prioritairement. Pour l'accueil extrascolaire, la priorité sera accordée aux familles dont les jeunes enfants sont déjà ou ont déjà été gardés;
- le "capital garde" déterminé et la capacité d'accueil maximale soient respectés;
- les gardiennes puissent décider librement d'assurer ou non un accueil extrascolaire.

§ 3. Des enfants légèrement malades peuvent être accueillis s'il n'existe aucun risque de contagion pour les autres enfants.

En cas de doute, le service peut exiger un certificat médical et/ou consulter le D.K.F.

Si un enfant est absent plus de deux jours pour cause de maladie, le service peut, avant de l'accueillir à nouveau, exiger un certificat médical confirmant que l'enfant en question ne présente aucun risque de contagion pour les autres.

Art. 10. Le service assure :

- 1° la réception et le suivi immédiat des demandes de garde;
- 2° à chacune des gardiennes un "capital garde" représentant au plus 80 jours par mois pour l'ensemble des enfants qui lui sont confiés;
- 3° si possible, la continuité de l'accueil de l'enfant en cas d'indisponibilité temporaire d'une gardienne;
- 4° la guidance psycho-sociale continue des enfants gardés, quant à leur épanouissement, leur éducation et leur santé;
- 5° l'encadrement et la formation continue des gardiennes.

Au plus, une gardienne peut accueillir simultanément trois enfants de moins de trois ans et cinq enfants de moins de sept ans au total, ses propres enfants étant compris dans la capacité d'accueil maximale lorsqu'ils répondent aux conditions d'âge.

Le service peut temporairement permettre aux gardiennes d'augmenter le "capital garde" attribué et la capacité d'accueil.

Art. 11. Le personnel du service échange régulièrement des informations avec les personnes chargées de l'éducation des enfants. Il les invite toutes au moins une fois par an pour une rencontre commune afin de pouvoir intégrer leurs points de vue dans le concept pédagogique.

Les personnes chargées de l'éducation reçoivent par écrit toutes les informations nécessaires quant au fonctionnement du service.

L'assistant social /l'infirmier social affecté à la personne chargée de l'éducation doit se tenir à sa disposition par téléphone au moins une fois par semaine, durant des périodes déterminées à l'avance, pour lui fournir des renseignements et discuter des problèmes rencontrés.

Le personnel s'informe régulièrement des conditions de vie des enfants, de leur comportement, de leur santé et de leur alimentation, et ce en collaboration avec les gardiennes et les personnes chargées de l'éducation, et assure la participation de ces dernières à la mission d'encadrement.

Les personnes chargées de l'éducation sont régulièrement informées du développement de leur enfant sous la forme prévue par le service.

Section 3. — Dispositions relatives au personnel

Art. 12. § 1. Le service doit disposer de gens de métier conformément au tableau suivant, dont les conditions sont cumulatives :

Gens de métier	Gardiennes	Nombre minimal d'enfants gardés de moins de trois ans
1	25	50
1,5	26-38	51-76
1,75	39-44	77-88
2	45-57	89-114
2,5	58-70	115-140
3	71-83	141-166

Tout membre du personnel doit être employé au moins à mi-temps.

Les gens de métier doivent être titulaires du diplôme d'assistant social ou d'infirmier social.

La mission des gens de métier consiste prioritairement à choisir les gardiennes, placer les enfants, conseiller les personnes chargées de l'éducation, ainsi qu'à encadrer les gardiennes et à assurer leur formation continue.

§ 2. Le service dispose d'un secrétariat et propose au moins une fois par semaine des consultations "ouvertes".

L'agent administratif compétent pour le secrétariat, occupé au moins à mi-temps, est titulaire du diplôme de l'enseignement secondaire supérieur.

§ 3. Le service introduit annuellement au mois de février une liste récapitulative du personnel effectivement occupé l'année précédente. Cette liste doit reprendre les données personnelles suivantes : l'année de naissance, le diplôme, la fonction, l'entrée en service, l'ancienneté de service, le régime de travail, les barèmes applicables ainsi que le traitement brut.

Toute modification au niveau du personnel doit être communiquée au D.K.F. dans les quinze jours.

Section 4. — Gardiennes

Art. 13. Pour être occupée comme gardienne par le service, la personne doit :

1° avoir 18 ans au moins et 65 ans au plus;

2° se soumettre à une sélection d'aptitude menée par le service. Cette procédure tient compte de la compétence éducative, de la disponibilité, des conditions d'hygiène et des possibilités d'accueil offertes par les locaux ainsi que de la disposition à collaborer avec le service et les personnes chargées de l'éducation. La méthode de sélection des gardiennes doit être préalablement approuvée par le D.K.F.;

3° présenter, pour elle-même et pour les personnes majeures qui font partie du ménage et/ou auront régulièrement des contacts avec les enfants à garder, un certificat de bonnes vie et moeurs destiné à une administration publique. En cas de modification de la composition du ménage, cette obligation vaut aussi pour tout nouveau membre du ménage. Dans des cas motivés, le service peut en tout temps demander à nouveau aux gardiennes un certificat de bonnes vie et moeurs pour ces personnes;

4° apporter chaque année la preuve qu'elle ne souffre pas d'affection pulmonaire contagieuse;

5° sauf certificat médical contraire, apporter la preuve qu'elle-même et les membres féminins de sa famille sont immunisés contre la rubéole;

6° apporter la preuve que ses propres enfants de moins de 7 ans ont été vaccinés conformément aux instructions du D.K.F.;

7° être en possession d'une autorisation délivrée par le Collège des bourgmestre et échevins compétent.

Art. 14. § 1. Le service doit, vis-à-vis des gardiennes :

1° conclure avec elles un contrat conformément aux instructions du D.K.F. Signé, le contrat sera notifié au D.K.F.;

2° les soutenir dans leurs missions et favoriser/faciliter les contacts avec les personnes chargées de l'éducation;

3° mettre à leur disposition l'équipement nécessaire à l'accueil de jeunes enfants;

4° conclure en leur faveur une assurance obligatoire de la responsabilité civile;

5° veiller à leur formation continue.

Chaque gardienne doit participer à une formation continue à raison d'au moins 10 heures par an. Cette formation porte sur des thèmes tels que l'éducation sanitaire, la psychologie et l'éducation générale de l'enfant ainsi que l'évolution du champ d'action de la gardienne. Les thèmes doivent être communiqués au D.K.F. avant le début de la formation continue et être approuvés par lui. À cette fin, le service introduit avant le début de chaque semestre un programme des manifestations prévues.

Le service doit communiquer au D.K.F. le programme de manifestations supplémentaires de formation continue quinze jours avant de le rendre public.

§ 2. Le placement des enfants intervient via le service.

§ 3. L'assistant social/l'infirmier social affecté à la gardienne doit se tenir à sa disposition par téléphone au moins une fois par semaine, durant des périodes déterminées à l'avance, pour lui fournir des renseignements et discuter des problèmes rencontrés.

Art. 15. Dans des cas motivés et sur demande du service ou de la personne chargée de l'éducation, la gardienne doit se présenter, avec les enfants qu'elle garde, au dépistage organisé par le D.K.F.

Section 5. — Inscription - Participation aux frais

Art. 16. § 1. Une condition préalable à l'accueil est l'introduction d'une demande d'accueil.

Toute demande d'accueil est inscrite dans un registre qui reprend au moins l'identité et l'âge de l'enfant, la date de la demande d'accueil et, le cas échéant, celle de la signature du contrat de garde et celle prévue pour la fin de l'accueil ainsi que celle demandée pour le début de l'accueil et celle à laquelle l'accueil débute effectivement.

Au plus tard 8 semaines avant l'accueil demandé, le service communique - de façon contraignante pour lui - à la personne chargée de l'éducation si un accueil peut ou non intervenir à la date demandée.

Dans un délai d'une semaine suivant cet engagement, la personne chargée de l'éducation paie un droit de réservation déterminé conformément à l'annexe 2.

Le droit de réservation est conservé lorsque la personne chargée de l'éducation retire sa demande d'accueil avant la conclusion du contrat.

A l'expiration du contrat de garde, le droit de réservation est remboursé ou vient en compensation de montants restant éventuellement dus.

§ 2. Au plus tard 2 semaines avant le début de l'accueil, le service conclut un contrat de garde avec la personne chargée de l'éducation, conformément aux instructions du D.K.F.

La personne chargée de l'éducation et le service peuvent résilier ledit contrat moyennant un préavis de trois mois.

Art. 17. § 1. La participation aux frais de garde supportée par la personne chargée de l'éducation est calculée conformément au tableau de l'annexe 2.

Ne sont pas compris le coût des aliments de régime, des médicaments, des langes, du lait en poudre, des produits de marque non courants ni celui des aliments "bio".

§ 2. Une garde d'une demi-journée dure de 0 à 5 heures, une d'une journée complète 5 heures et plus.

En ce qui concerne l'accueil extrascolaire, un accueil durant de 0 à 3 heures correspond à une garde d'un tiers de journée.

Le taux appliqué est de 100 % de la participation journalière pour une garde d'une journée complète, 60 % pour une garde d'une demi-journée et 33 % pour un accueil extrascolaire d'un tiers de journée, conformément au tableau de l'annexe 2.

En cas d'accueil simultané d'au moins deux enfants de la personne chargée de l'éducation, dont un a au moins trois ans, la participation est de 100 % pour l'enfant le plus gardé au cours d'un mois et de 70 % pour l'enfant le moins gardé au cours du même mois.

En cas d'accueil simultané de deux enfants de moins de trois ans, la participation par enfant correspond à 70 % de la participation fixée au troisième alinéa. Cette diminution vaut également pour chaque enfant d'une famille qui, fiscalement, a au moins trois enfants à charge.

Par accueil simultané, l'on entend l'accueil par la crèche et/ou par le service de gardiennes d'enfants à domicile.

Art. 18. § 1. La participation aux frais est calculée en se basant sur les revenus mensuels nets cumulés du ménage de la personne chargée de l'éducation.

En ce sens, sont considérés comme "ménage" les conjoints, les personnes vivant maritalement ainsi que les personnes seules chargées de l'éducation d'un enfant.

Sont considérés comme revenus :

1° les revenus professionnels;

2° les prestations sociales telles que les prestations en cas de maladie ou d'invalidité, les pensions, les indemnités en matière d'accidents ou de maladies professionnelles, les allocations de chômage, les allocations de handicapés ou les allocations d'interruption de carrière;

3° le revenu garanti, le minimum légal de moyens d'existence, les interventions du CPAS;

4° les pensions alimentaires reçues.

Le mois de référence pour le calcul de la participation aux frais est le mois de novembre. Une adaptation de la participation a lieu annuellement au mois de janvier.

La personne chargée de l'éducation introduit lors de la signature du contrat de garde les preuves de revenus correspondantes.

A la place de ces preuves, le service peut aussi accepter le dernier avertissement-extrait de rôle. Dans ce cas, les revenus correspondent aux revenus nets imposables y mentionnés, majorés de 20 %. Les revenus du nouvel avertissement-extrait de rôle sont pris en compte au plus tard au 1^{er} juillet de chaque année.

Les allocations familiales et les allocations d'études ne sont pas prises en considération.

Seules les pensions alimentaires effectivement versées peuvent être déduites des revenus.

Le service signale à la personne chargée de l'éducation que toute modification des revenus du ménage représentant au moins 10 % des revenus déterminés conformément au présent article doit immédiatement lui être communiquée. Le service adapte en conséquence la participation aux frais à partir du mois suivant la modification.

Si une augmentation des revenus représentant au moins 10 % n'est pas signalée, le service applique - dès qu'il en a connaissance - le taux maximal de la participation aux frais déterminée à l'annexe 2, et ce avec effet rétroactif à partir du début de l'accueil.

§ 2. Si les preuves visées au § 1 ne sont pas présentées, c'est la participation aux frais maximale qui est appliquée.

Art. 19. En raison de la situation financière particulière de la personne chargée de l'éducation ou lorsque les revenus du ménage sont inférieurs au minimum légal de moyens d'existence, le service peut diminuer en conséquence la participation aux frais pour une durée maximale de trois mois. Le service enquête sur la situation financière particulière.

Dans la mesure où la situation visée au premier alinéa perdure, le service introduit auprès du D.K.F. quinze jours avant l'expiration de la durée impartie une demande motivée en vue de pouvoir continuer à appliquer une participation moindre.

Art. 20. Dans le cadre du plan de garde fixé dans le contrat, la personne chargée de l'éducation dispose, dans le cas d'un accueil de 5 jours complets par semaine, d'un "crédit" de 35 jours francs par année de garde pour l'absence de l'enfant et les périodes où le service est en vacance. En cas de garde partielle, les jours de crédits sont réduits au prorata.

Une redevance équivalant à 60 % de la participation aux frais doit être payée lorsque l'enfant est absent au delà des jours de crédit accordés, sauf en cas de maladie de la gardienne, pour les jours de congé de la gardienne dépassant 4 semaines durant les mois de juillet et août, ou en cas d'hospitalisation de l'enfant.

Section 6. — Dispositions financières

Art. 21. La gardienne reçoit du service une indemnité de 440 francs par garde d'une journée complète et de 264 francs par demi-journée de garde. Pour un accueil extrascolaire d'un tiers de journée, la gardienne reçoit 147 francs.

L'indemnité est majorée de 50 % chaque fois qu'il est fait application de l'article 24, § 2.

Lorsqu'il est fait application de l'article 20, alinéa 2, la gardienne reçoit une indemnité de 220 francs par garde d'une journée complète, de 110 francs par demi-journée de garde et de 73 francs pour un accueil extrascolaire d'un tiers de journée.

Art. 22. Dans les limites des crédits budgétaires disponibles, le Gouvernement octroie, conformément aux dispositions suivantes, des subsides pour les frais admissibles relatifs au personnel, à l'accueil, à l'administration et à la formation continue.

Art. 23. § 1. En tenant compte de la clef du personnel déterminée à l'article 12, § 1, seuls les membres du personnel qui sont titulaires des diplômes déterminés dans le présent arrêté, sont pris en considération pour le subventionnement des frais de personnel. La fonction effective des différents membres du personnel est déterminante pour le subventionnement.

§ 2. Pour les gens de métier visés à l'article 12, § 1, le service reçoit un subside forfaitaire déterminé conformément à l'annexe 1, I.

Ce subside se compose des montants forfaitaires suivants : la moyenne du traitement brut majoré du double pécule de vacances y afférent, du complément au double pécule de vacances, de la prime de fin d'année, des cotisations patronales et autres frais de traitement. Cette moyenne est calculée par période de 5 années d'ancienneté de service.

Pour calculer les années de service, les activités professionnelles prestées dans le secteur de l'enfance au moment de l'entrée en service sont prises entièrement en considération. Les autres activités professionnelles sont prises en considération à concurrence de la moitié.

En janvier et en juillet de chaque année, le D.K.F. établit en se basant sur les documents introduits par le service un état des lieux quant aux gardiennes accueillant effectivement des enfants. Si cet état des lieux ne correspond pas à la clef de personnel déterminée à l'article 12, § 1, le subventionnement peut être revu à la baisse six mois après la constatation des faits.

§ 3. Pour l'agent administratif visé à l'article 12, § 2, le service reçoit - lorsqu'il emploie au moins 60 gardiennes - le subside forfaitaire pour un demi-emploi tel que déterminé à l'annexe 1, II. Du 1^{er} janvier 1998 au 30 juin 1999, ce subside forfaitaire correspond à celui de l'agent de secrétariat à mi-temps conformément à l'annexe 1, IV.

En cas d'activité professionnelle précédente, l'ancienneté de service de l'agent administratif est prise en considération à concurrence de la moitié lors de l'entrée en service.

§ 4. Pour les gens de métiers occupés à temps plein, une somme forfaitaire de 2.930 francs est accordée mensuellement pour les frais de déplacement. En cas de travail à temps partiel, le montant est réduit à due concurrence.

§ 5. Les §§ 2 et 3 du présent article produisent leurs effets au 1^{er} janvier 1998, le § 4 entre en vigueur le 1^{er} juillet 1999.

Art. 24. § 1. Pour les frais de garde, le service reçoit un subside qui correspond à la différence entre l'indemnité journalière des gardiennes fixée à l'article 21 et la participation aux frais payée par les personnes chargées de l'éducation des enfants, en ce compris la redevance prévue à l'article 20.

§ 2. Pour l'accueil d'enfants handicapés, le service peut obtenir un subside supplémentaire s'élevant à 50 % de l'indemnité journalière visée à l'article 21 s'ils nécessitent des soins particuliers, une garde plus intensive et une attention plus soutenue.

A cette fin, les services introduisent auprès du D.K.F. une demande individuelle de décision accompagnée d'un avis émis par un organisme spécialisé ou un médecin spécialiste ou, le cas échéant, d'un rapport social.

Art. 25. Pour les frais technico-administratifs, un subside de 28,5 francs par enfant est accordé par jour de garde pour lequel une redevance est due.

Art. 26. § 1. Pour l'organisation de la formation continue des gardiennes visée à l'article 14, § 1, et lorsque les obligations imposées en la matière ont été remplies, le service obtient un forfait annuel de 50.000 francs maximum sur présentation de justificatifs. Pour la participation des gardiennes à cette formation continue, et lorsque les obligations imposées en la matière ont été remplies, le service obtient par gardienne un forfait annuel de 1500 F à payer aux gardiennes.

Pour l'organisation de la formation continue des gens de métier, le service obtient un forfait annuel de 30.000 francs.

Pour bénéficier de ces subsides de formation continue, le service doit - à la fin de chaque année - présenter au D.K.F. une liste des participants aux formations continuées organisées au cours de l'année qui s'achève.

§ 2. Le présent article entre en vigueur le 1^{er} juillet 1999.

Art. 27. Les subsides accordés en application de la présente section sont liquidés aux conditions suivantes :

- en début de mois, le service reçoit une avance représentant 90 % du subside mensuel moyen fixé annuellement en janvier sur la base des subsides payés les deux premiers trimestres de l'année précédente;
- la différence entre les avances et le subside à liquider effectivement est payée trimestriellement après introduction des justificatifs;
- pour les services agréés après l'entrée en vigueur du présent arrêté, une première avance est payée six mois après le début des activités. Cette avance est calculée sur la base des frais admissibles moyens des six mois écoulés.

Section 7. — Gestion financière

Art. 28. Chaque année au mois de novembre, le service soumet une proposition budgétaire au D.K.F.

Au plus tard pour le 31 mai de chaque année, le service notifie au D.K.F. une copie du bilan et du compte de résultats de l'année précédente.

CHAPITRE III. — Crèches

Section 1^{re}. — Agréation et missions

Art. 29. § 1. Pour être agréé, le pouvoir organisateur de la crèche adresse au Ministre une demande accompagnée des documents suivants :

- 1° l'identité du demandeur;
- 2° les statuts de la personne morale;
- 3° la preuve qu'un besoin d'accueil existe, en tenant compte des données géographiques, démographiques et socio-économiques;
- 4° l'identité et la qualification des personnes chargées de la garde des enfants;
- 5° la capacité d'accueil demandée;
- 6° le plan de financement;
- 7° le "concept pédagogique" circonstancié, qui reprend entre autres de façon détaillée l'objectif, la garde envisagée, ainsi que la description de l'infrastructure, des différentes fonctions du personnel et de la coopération avec la personne chargée de l'éducation et les autres institutions;
- 8° le règlement d'ordre intérieur qui explicite les modalités du contrat, le fonctionnement et la promotion sanitaire visée par la crèche.

Toute modification apportée aux informations contenues dans ces documents doit être communiquée dans les 5 jours au D.K.F.

§ 2. La crèche doit avoir une capacité d'accueil minimale de 18 places et disposer du personnel déterminé à l'article 35.

§ 3. Le Ministre statue sur la demande d'agréation sur avis du D.K.F. La décision d'agréation stipule la capacité d'accueil agréée ainsi que la clef de personnel fixée conformément à l'article 35. Pour augmenter la capacité d'accueil, la crèche agréée adresse une demande motivée au Ministre.

Art. 30. S'il n'est pas satisfait aux dispositions du présent arrêté, le Ministre peut - sur avis du D.K.F. - retirer l'agréation et/ou suspendre en tout ou partie le subventionnement ou réduire celui-ci.

Section 2. — Accueil

Art. 31. L'accueil doit être assuré du lundi au vendredi pendant 10 heures par jour et durant 220 jours ouvrables par année civile.

Des enfants légèrement malades peuvent être accueillis s'il n'existe aucun risque de contagion pour les autres enfants. À cette fin, le service peut exiger un certificat médical. En cas de doute, le médecin compétent pour la crèche décide si l'enfant peut rester ou être repris.

Les parents s'engagent à vacciner les enfants conformément aux instructions du D.K.F.

Art. 32. § 1. Le personnel échange régulièrement des informations avec les personnes chargées de l'éducation des enfants. La crèche les invite toutes au moins une fois par an pour une rencontre commune afin de pouvoir intégrer leurs points de vue dans le concept pédagogique.

Les personnes chargées de l'éducation reçoivent par écrit toutes les informations nécessaires quant au fonctionnement de la crèche.

§ 2. Le personnel s'informe régulièrement des conditions de vie des enfants, de leur comportement, de leur santé et de leur alimentation, et ce en collaboration avec les personnes chargées de l'éducation, et assure la participation de ces dernières à la mission d'encadrement.

Les personnes chargées de l'éducation sont régulièrement informées du développement de leur enfant sous la forme prévue par la crèche.

Section 3. — Dispositions relatives aux locaux et à la situation

Art. 33. La crèche doit se trouver à un endroit répondant aux critères suivants :

- accès facile du public;
- sécurité routière;
- environnement "enfants admis";
- possibilités de jeux en plein air.

Le bâtiment doit répondre aux dispositions applicables en matière de protection contre l'incendie.

Lorsque la crèche fait partie d'un bâtiment utilisé à d'autres fins, elle dispose d'une entrée séparée.

La crèche dispose de son propre raccordement téléphonique.

Art. 34. § 1. La surface minimale totale des locaux de la crèche est de 12 m² par "place", dont 5,5 à 6 m² pour les coins jeux, les coins repos et les coins repas et 2 à 3 m² pour l'accueil et les soins.

Dans les locaux destinés à la garde, les ouvertures donnant de la lumière du jour couvrent au moins un sixième de la surface.

§ 2. Tous les locaux doivent être faciles à nettoyer, bien éclairés, aérés et chauffés.

Tous les locaux accessibles aux enfants doivent être pourvus d'un revêtement de sol antidérapant.

§ 3. Le local de repos est séparé des autres locaux. Si des nourrissons sont accueillis, une surface de repos séparée doit être prévue.

L'aménagement de la cuisine permet une distribution rapide et simple de la nourriture.

Le local destiné aux soins d'hygiène est équipé d'un nombre suffisant de lavabos, tables à langer et toilettes adaptées.

§ 4. La crèche dispose d'une chambre d'isolement avec contact visuel pour les gens de métier.

Section 4. — Dispositions relatives au personnel

Art. 35. La crèche doit disposer de gens de métier conformément au tableau suivant, dont les conditions sont cumulatives :

Nombre de places	Puéricultrices	Assistant social/infirmier social
18	3	0,5
21	3,5	0,5
24	4	0,75
27	4,5	0,75
30	5	1

Tout membre du personnel doit être employé au moins à mi-temps.

L'assistant social ou l'infirmier social doit être titulaire du diplôme correspondant de l'enseignement supérieur. Il est prioritairement chargé de l'organisation et de la gestion de la crèche, de la formation continue des puéricultrices ainsi que de la constitution des équipes. Il sert de relais entre le service, les parents et les puéricultrices.

La puéricultrice doit être titulaire du diplôme de puéricultrice ou avoir terminé avec fruit une formation dans le domaine de la garde de jeunes enfants reconnue par la Communauté germanophone. Le Ministre peut admettre d'autres diplômes lorsque l'on peut justifier d'une formation ou d'une expérience utile pour la fonction envisagée d'un an au total.

La puéricultrice participe à une formation continue organisée par la crèche. Les thèmes abordés lors de la formation continue doivent être communiqués au D.K.F. avant le début de celle-ci et être approuvés par lui. À cette fin, la crèche introduit avant le début de chaque semestre un programme des manifestations prévues en matière de formation.

Art. 36. Le D.K.F. met un médecin à la disposition de la crèche pour assurer le suivi médico-social des enfants. Le suivi médico-social consiste prioritairement à :

- prodiguer des conseils médicaux au personnel pour la garde d'enfants malades;
- pratiquer un premier examen de l'enfant avant le début de l'accueil et à trancher en cas de doute quant au maintien ou à la reprise de l'enfant;
- pratiquer les dépistages en coopération avec le D.K.F.

Art. 37. Le pouvoir organisateur introduit annuellement au mois de février une liste récapitulative du personnel effectivement occupé l'année précédente. Cette liste doit reprendre les données personnelles suivantes : l'année de naissance, le diplôme, la fonction, l'entrée en service, l'ancienneté de service, une copie du contrat de travail, les barèmes applicables ainsi que le traitement brut.

Toute modification au niveau du personnel doit être communiquée au D.K.F. dans les quinze jours.

Section 5. — Inscription - Participation aux frais

Art. 38. Le chapitre II, section 5, du présent arrêté est d'application.

Section 6. — Dispositions financières

Art. 39. Dans les limites des crédits budgétaires disponibles, le Gouvernement octroie, conformément aux dispositions suivantes, des subsides pour les frais relatifs au personnel et à la formation continue.

Art. 40. § 1. En tenant compte de la clef du personnel déterminée à l'article 35, seuls les membres du personnel qui sont titulaires des diplômes déterminés dans le présent arrêté sont pris en considération pour le subventionnement des frais de personnel. La fonction effective des différents membres du personnel est déterminante pour le subventionnement.

§ 2. Un subside forfaitaire déterminé conformément à l'annexe 1, I et III est octroyé pour les gens de métier visés à l'article 35. Il tient compte des éléments visés à l'article 23, § 2, alinéa 2.

Lorsque la puéricultrice est engagée dans le cadre de mesures visant à promouvoir l'emploi, le subside correspond à la différence entre les barèmes fixés à l'annexe 1, III et les aides accordées par les pouvoirs publics.

Pour calculer le subside, les activités professionnelles prestées dans d'autres services du secteur de l'enfance au moment de l'entrée en service sont prises entièrement en considération comme ancienneté de service. Les autres activités professionnelles sont prises en considération à concurrence de la moitié.

§ 3. Le présent article entre en vigueur le 1^{er} juillet 1999.

Art. 41. § 1. Pour l'organisation de la formation continue visée à l'article 35, et lorsque les obligations imposées en la matière ont été remplies, la crèche obtient un forfait annuel de 30.000 francs maximum sur présentation de justificatifs. Ce forfait comprend aussi les frais de formation continue dans les questions d'ordre médical.

§ 2. Le présent article entre en vigueur le 1^{er} juillet 1999.

Art. 42. Pour l'accueil d'enfants handicapés, la crèche peut obtenir un subside supplémentaire s'élevant par jour et par enfant à 220 francs pour une journée de garde complète et à 132 pour une garde d'une demi-journée s'ils nécessitent des soins particuliers, une garde plus intensive et une attention plus soutenue. Une demande de décision accompagnée d'un avis émis par un organisme spécialisé ou un médecin spécialiste ou, le cas échéant, d'un rapport social doit à cette fin être introduite auprès du D.K.F.

Section 7. — Gestion financière

Art. 43. Chaque année au mois de novembre, la crèche soumet une proposition budgétaire au D.K.F.

Au plus tard pour le 31 mai de chaque année, la crèche notifie au D.K.F. une copie du bilan et du compte de résultats de l'année précédente.

CHAPITRE IV. — Dispositions générales

Art. 44. La demande en matière d'accueil de jeunes enfants à laquelle les formes d'accueil existantes ne répondent pas peut être satisfaite par des projets ayant une durée et une portée géographique limitées.

La description des missions et le financement de ces projets sont alors régis par la convention conclue avec le Gouvernement.

Art. 45. Les montants fixés aux articles 21, 23, § 4, 25 et 42 sont liés à l'indexation des traitements de la fonction publique de la Communauté germanophone. L'indice-pivot applicable est de 138,01.

Art. 46. § 1. Les formes d'accueil visées dans le présent arrêté sont soumises à la tutelle du D.K.F.

Les agents chargés de la surveillance ont accès aux locaux du service pendant les heures d'ouverture ou de visite prévues et peuvent consulter, sans déplacement, tous les justificatifs se rapportant aux formes d'accueil subsidiées par la Communauté germanophone.

§ 2. En cas de différend entre la crèche/le service et la personne chargée de l'éducation, celle-ci peut s'adresser au service de médiation créé à cet effet.

CHAPITRE V. — Dispositions transitoires et finales

Art. 47. § 1. La crèche existant lors de l'entrée en vigueur du présent arrêté dispose d'un délai de deux ans à dater de l'entrée en vigueur du présent arrêté pour satisfaire aux dispositions fixées au chapitre III, section 3.

§ 2. Les formes d'accueil existant lors de l'entrée en vigueur du présent arrêté introduisent 2 ans après l'entrée en vigueur du présent arrêté une demande de prorogation de leur agrégation conformément aux articles 6 ou 29 selon le cas.

Art. 48. L'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 12 juillet 1990 fixant les conditions d'intervention financière dans les frais de fonctionnement des services de gardiennes d'enfants à domicile, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 15 janvier 1996, est abrogé.

Art. 49. L'arrêté du Gouvernement du 18 mars 1994 fixant la participation personnelle des parents aux frais de garde par des gardiennes d'enfants à domicile et fixant les modalités de calcul de cette participation personnelle est abrogé.

Art. 50. Sans préjudice des articles 23, § 5, 26, § 2, 40, § 3 et 41, § 2, le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} janvier 2000.

Art. 51. Le Ministre-Président, Ministre des Finances, des Relations internationales, de la Santé, de la Famille et des Personnes âgées, du Sport et du Tourisme, est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 24 juin 1999.

Le Ministre-Président,
Ministre des Finances, des Relations internationales, de la Santé,
de la Famille et des Personnes âgées, du Sport et du Tourisme,
J. MARAITE

Annexe 1

Tableaux pour le calcul forfaitaire

I. Gens de métier (assistant social/infirmier social) occupés à temps plein

Années de service	Barèmes	Moyenne brut/an	Forfait mensuel à.p.d. 1.1.1998	Forfait mensuel à.p.d. 1.7.1999
0	621.036	643.470	80.723	82.118
1	633.497			
2	645.958			
3	658.429			
4	658.429			
5	679.796	713.277	89.358	90.902
6	679.796			
7	701.163			
8	701.163			
9	804.465			
10	804.465	830.106	103.809	105.602
11	825.832			
12	825.832			
13	847.199			
14	847.199			
15	868.577	915.117	114.324	116.299
16	868.577			
17	889.944			
18	963.555			
19	984.932			
20	984.932	1.010.577	126.132	128.310
21	1.006.299			
22	1.006.299			
23	1.027.676			
24	1.027.676			
25	1.049.044	1.061.870	132.476	134.764
26	1.049.044			
27	1.070.421			
28	1.070.421			
29	1.070.421			

II. Agent administratif occupé à temps plein

Années de service	Barèmes	Moyenne brut/an	Forfait mensuel à.p.d. 1.7.1999
0	540.922	560.139	71.633
1	551.598		
2	562.274		
3	572.950		
4	572.950		
5	583.626	597.858	76.379
6	583.626		
7	597.858		
8	597.858		
9	626.321		
10	626.321	659.054	84.079
11	654.784		
12	654.784		
13	679.691		
14	679.691		
15	704.598	724.524	92.317
16	704.598		
17	729.505		
18	729.505		
19	754.412		
20	754.412	784.300	99.838
21	779.319		
22	779.319		
23	804.226		
24	804.226		
25	829.133	849.059	107.987
26	829.133		
27	854.040		
28	854.040		
29	878.947		

III. Gens de métier (puéricultrices) occupés à temps plein

Années de service	Barèmes	Moyenne brut/an	Forfait mensuel à.p.d. 1.7.1999
0	504.992	516.176	66.101
1	510.585		
2	516.178		
3	521.771		
4	527.353		
5	538.780	547.915	70.095
6	538.780		
7	550.197		
8	550.197		
9	561.623		
10	561.623	575.335	73.545
11	573.050		
12	573.050		
13	584.477		
14	584.477		
15	598.695	610.067	77.915
16	598.695		
17	612.913		
18	612.913		
19	627.121		
20	627.121	644.182	82.208
21	641.339		
22	641.339		
23	655.557		
24	655.557		
25	669.775	681.149	86.859
26	669.775		
27	683.993		
28	683.993		
29	698.211		

IV. Agent de secrétariat occupé à temps plein

Années de service	Barèmes	Moyenne brut/an	Forfait mensuel à.p.d. 1.1.1998
0	448.796	458.392	57.831
1	454.127		
2	459.458		
3	464.789		
4	464.789		
5	473.265	480.046	60.509
6	473.265		
7	481.741		
8	481.741		
9	490.217		
10	490.217	500.388	63.025
11	498.693		
12	498.693		
13	507.169		
14	507.169		
15	520.701	531.527	66.877
16	520.701		
17	534.233		
18	534.233		
19	547.765		
20	547.765	564.003	70.894
21	561.297		
22	561.297		
23	574.829		
24	574.829		
25	588.361	599.187	75.246
26	588.361		
27	601.893		
28	601.893		
29	615.425		

Les montants forfaitaires figurant dans les précédents tableaux sont liés à l'indexation des traitements de la fonction publique de la Communauté germanophone. L'index-pivot applicable est de 138, 01.

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone relatif à l'accueil des jeunes enfants.

Eupen, le 24 juin 1999.

Le Ministre-Président,

Ministre des Finances, des Relations internationales, de la Santé,
de la Famille et des Personnes âgées, du Sport et du Tourisme,

J. MARAITE

Annexe 2

Participation aux frais supportée par les personnes chargées de l'éducation

des enfants et droit de réservation

Article unique - La participation journalière aux frais supportée par l'utilisateur et le droit de réservation sont fixés comme suit :

Revenus mensuels nets cumulés	Participation				Droit de réservation
	100 %	70 %	60 %	33 %	
Revenus jusqu'à 19.999	52	52	52	52	3.000
20.000 - 20.999	77	54	52	25	3.000
21.000 - 21.999	91	64	55	30	3.000
22.000 - 22.999	107	75	64	35	3.000
23.000 - 23.999	123	86	74	41	3.000
24.000 - 24.999	135	95	81	45	3.000
25.000 - 25.999	140	98	84	46	3.000
26.000 - 26.999	146	102	88	48	3.000
27.000 - 27.999	151	106	91	50	3.000
28.000 - 28.999	157	110	94	52	3.000
29.000 - 29.999	162	113	97	53	3.000
30.000 - 30.999	168	118	101	55	3.000
31.000 - 31.999	180	126	108	59	3.000
32.000 - 32.999	186	130	112	61	3.000
33.000 - 33.999	191	134	115	63	3.000
34.000 - 34.999	197	138	118	65	3.000
35.000 - 35.999	202	141	121	67	3.000
36.000 - 36.999	208	146	125	69	3.000
37.000 - 37.999	213	149	129	70	3.000
38.000 - 38.999	219	153	131	72	3.000
39.000 - 39.999	224	157	134	74	3.000
40.000 - 40.999	230	161	138	76	3.000
41.000 - 41.999	235	165	141	78	3.000
42.000 - 42.999	241	169	145	80	3.000
43.000 - 43.999	246	172	148	81	3.000
44.000 - 44.999	252	176	152	83	3.000
45.000 - 45.999	257	180	154	85	3.000
46.000 - 46.999	263	184	158	87	3.000
47.000 - 47.999	268	188	161	88	3.000
48.000 - 48.999	274	192	164	90	3.000
49.000 - 49.999	279	195	167	92	3.000

Revenus mensuels nets cumulés	Participation				Droit de réservation
	100%	70%	60%	33%	
Revenus					
50.000 - 50.999	285	200	171	94	5.000
51.000 - 51.999	290	203	174	96	5.000
52.000 - 52.999	296	207	178	98	5.000
53.000 - 53.999	301	211	181	99	5.000
54.000 - 54.999	307	215	184	101	5.000
55.000 - 55.999	312	218	187	103	5.000
56.000 - 56.999	318	223	191	105	5.000
57.000 - 57.999	323	226	194	107	5.000
58.000 - 58.999	329	230	197	109	5.000
59.000 - 59.999	334	234	200	110	5.000
60.000 - 60.999	340	238	204	112	5.000
61.000 - 61.999	345	242	207	114	5.000
62.000 - 62.999	351	246	211	116	5.000
63.000 - 63.999	356	249	214	117	5.000
64.000 - 64.999	362	253	217	119	5.000
65.000 - 65.999	367	257	220	121	5.000
66.000 - 66.999	373	261	224	123	5.000
67.000 - 67.999	378	265	227	125	5.000
68.000 - 68.999	384	269	230	127	5.000
69.000 - 69.999	389	272	233	128	5.000
70.000 - 70.999	395	277	237	130	5.000
71.000 - 71.999	400	280	240	132	5.000
72.000 - 72.999	406	284	244	134	5.000
73.000 - 73.999	411	288	247	135	5.000
74.000 - 74.999	417	292	250	138	5.000
75.000 - 75.999	422	295	253	139	5.000
76.000 - 76.999	428	300	257	141	5.000
77.000 - 77.999	433	303	260	143	5.000
78.000 - 78.999	439	307	263	145	5.000
79.000 - 79.999	444	311	266	147	5.000
80.000 - 80.999	450	315	270	149	7.000
81.000 - 81.999	455	319	273	150	7.000
82.000 - 82.999	461	323	277	152	7.000
83.000 - 83.999	466	326	280	154	7.000
84.000 - 84.999	472	330	283	156	7.000
85.000 - 85.999	477	334	286	157	7.000
86.000 - 86.999	483	338	290	159	7.000

Revenus mensuels nets cumulés	Participation				Droit de réservation
	100%	70%	60%	33%	
Revenus					
87.000 - 87.999	488	342	293	161	7.000
88.000 - 88.999	494	346	296	163	7.000
89.000 - 89.999	499	349	299	165	7.000
90.000 - 90.999	505	354	303	167	7.000
91.000 - 91.999	510	357	306	168	7.000
92.000 - 92.999	516	361	310	170	7.000
93.000 - 93.999	521	365	313	172	7.000
94.000 - 94.999	527	369	316	174	7.000
95.000 - 95.999	532	372	319	176	7.000
96.000 - 96.999	538	377	323	178	7.000
97.000 - 97.999	543	380	326	179	7.000
98.000 - 98.999	549	384	329	181	7.000
99.000 - 99.999	554	388	332	183	7.000
100.000 - 100.999	560	392	336	185	7.000
101.000 - 101.999	565	396	339	186	7.000
102.000 - 102.999	571	400	343	188	7.000
103.000 - 103.999	576	403	346	190	7.000
104.000 - 104.999	582	407	349	192	7.000
105.000 - 105.999	587	411	352	194	7.000
106.000 - 106.999	593	415	356	196	7.000
107.000 - 107.999	598	419	359	197	7.000
108.000 - 108.999	604	423	362	199	7.000
109.000 - 109.999	609	426	365	201	7.000
110.000 - 110.999	615	431	369	203	7.000
111.000 - 111.999	620	434	372	205	7.000
112.000 - 112.999	626	438	376	207	7.000
113.000 - 113.999	631	442	379	208	7.000
114.000 - 114.999	637	446	382	210	7.000
115.000 - 115.999	642	449	385	212	7.000
116.000 - 116.999	648	454	389	214	7.000
117.000 - 117.999	653	457	392	215	7.000
118.000 - 118.999	659	461	395	217	7.000
119.000 - 119.999	664	465	398	219	7.000
120.000 et plus	669	468	401	221	7.000

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone relatif à l'accueil des jeunes enfants.

Eupen, le 24 juin 1999.

Le Ministre-Président,

Ministre des Finances, des Relations internationales, de la Santé,
de la Famille et des Personnes âgées, du Sport et du Tourisme,

J. MARAITE

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2000 — 429

[C — 99/33108]

24 JUNI 1999. — Besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap betreffende de opvang van jonge kinderen

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van 9 mei 1988 tot oprichting van een Fonds voor Kinderwelzijn, tot overname van sommige personeelsleden van het Nationaal Werk voor Kinderwelzijn alsmede tot regeling van het herbergen van kinderen onder de zeven jaar, inzonderheid op artikel 1, derde lid, 5^o;

Gelet op het akkoord van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting, gegeven op 9 juni 1999;

Gelet op het gunstig advies van de Inspecteur van Financiën, gegeven op 1 juni 1999;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, gewijzigd bij de wet van 4 juli 1989;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat voorliggend besluit onverwijld moet worden aangenomen daar de bestaande regeling aan de ontwikkeling inzake opvang van de jonge kinderen moet worden aangepast om een volledige juridische basis voor alle nieuwe reeds bestaande structuren te scheppen en de wijzigingen enkele maanden van tevoren aan de betrokkenen moeten worden medegedeeld;

Op de voordracht van de Minister-President, Minister van Financiën, Internationale Betrekkingen, Gezondheid, Gezin en Bejaarden, Sport en Toerisme,

Besluit :

HOOFDSTUK I. — *Algemene bepalingen*

Artikel 1. Voor de toepassing van dit besluit verstaat men onder :

1° jonge kinderen : kinderen onder de drie jaar;

2° dienst voor onthaalmoeders : instelling die vooral voor de opvang van de jonge kinderen door onthaalmoeders zorgt, tenminste 25 onthaalmoeders tewerkstelt en ten minste 50 jonge kinderen regelmatig ontvangt;

3° onthaalmoeders : natuurlijke persoon die in opdracht van een dienst voor onthaalmoeders bij voorrang jonge kinderen opvangt;

4° kribbe : opvanginrichting voor jonge kinderen met een minimale opnamecapaciteit van 18 plaatsen heeft;

5° projecten : de opdracht of de activiteit omschreven in een overeenkomst gesloten tussen de Regering en een natuurlijke of rechtspersoon en verricht in het kader van de opvang van jonge kinderen;

6° persoon belast met de opvoeding : persoon die krachtens de burgerlijke wetgeving, een mandaat of een van overheidswege genomen beslissing bevoegd is om in het belang van het kind te handelen;

7° buitenschoolse opvang : de opvang van kinderen tussen 3 en 7 jaar vóór of na de school, op woensdagnamiddag en tijdens de schoolvakantie;

8° D.K.F. : "Dienst für Kind und Familie" (Dienst voor kind en gezin) van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

9° Minister : de bevoegde Minister van de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 2. De inrichtende machten van de instellingen bedoeld in artikel 1, 2° en 4° moeten :

- een vereniging zonder winstoogmerk of een openbare instelling zijn;

- in het kader van voorliggend besluit door de Regering erkend zijn voor de uitoefening van hun werkzaamheden.

De duur van de erkenning belooft ten hoogste 6 jaar en kan worden verlengd. De aanvraag om verlenging moet ten vroegste 6 maanden en ten laatste drie maanden vóór het verstrijken van de erkenningstermijn worden ingediend. Zijn wijzigingen opgetreden, dan worden de in de artikelen 6, § 1 resp. 29, § 1 bepaalde documenten bijgevoegd.

Art. 3. Elke persoon belast met de opvoeding heeft toegang tot de opvang geregeld in het kader van dit besluit, met voorrang voor de kinderen wier ouders een beroepsactiviteit uitoefenen, een opleiding volgen of die om sociale of gezondheidsredenen niet voor kinderen kunnen zorgen.

Elk kind worden onafhankelijk van ras, nationaliteit, geslacht, geloof of overtuiging optimale mogelijkheden en kansen tot ontplooiing aangeboden, waarbij zijn geestelijke en motorische ontwikkeling, zijn creativiteit en zijn bevoegdheid om relaties aan te knopen bevorderd worden.

Art. 4. Onverminderd tegenstrijdige dwingende wetsbepalingen moeten de personen die hun medewerking verlenen voor de uitvoering van voorliggend besluit deelnemen de feiten vertrouwelijk behandelen die hen bij de uitoefening van hun opdracht toevertrouwd worden.

Art. 5. Het toezicht op de opgevangen kinderen wordt door personen gehouden wier inzichten, attitudes en vaardigheden in het omgaan met de kinderen gecontroleerd werden en die bewust en passend pedagogisch handelen.

HOOFDSTUK II. — *Dienst voor onthaalmoeders**Afdeling 1. — Erkenning*

Art. 6. § 1. Om erkend te worden dient de inrichtende macht van de dienst voor onthaalmoeders, hierna "dienst" genoemd, een aanvraag bij de Minister in waarbij volgende documenten gevoegd worden :

1° de identiteit van de aanvrager;

2° de statuten van de rechtspersoon;

3° het bewijs dat er een behoefte aan opvang bestaat, rekening houdend met de geografische, demografische en socio-economische gegevens;

4° de identiteit en de kwalificatie van de personen belast met de begeleiding van de onthaalmoeders alsmede die van het administratief personeel;

5° de aangevraagde opnamecapaciteit en het aantal onthaalmoeders die moeten worden erkend;

6° het financieringsplan;

7° het omstandig pedagogisch concept waarin o.a. het doel, het beoogde toezicht, de beschrijving van de infrastructuur, de functiebeschrijving m.b.t. het personeel en de beschrijving van de samenwerking met de persoon belast met de opvoeding en de andere instellingen nauwelijks uitgelegd worden;

8° het huishoudelijk reglement waarin de contractmodaliteiten, de werking en de door de dienst beoogde gezondheidsbevordering uitgelegd worden.

Wijzigingen m.b.t. gegevens vermeld in deze documenten moeten de D.K.F. binnen de vijf dagen medegedeeld worden.

§ 2. De Minister beslist op advies van de D.K.F. over de aanvraag om erkenning. De beslissing tot erkenning vermeldt het aantal erkende onthaalmoeders alsmede de personeelssleutel vastgelegd overeenkomstig artikel 12, § 1.

Art. 7. De dienst moet ten minste 25 onthaalmoeders tewerkstellen en ten minste 50 jonge kinderen regelmatig ontvangen.

De dienst kan bij de Minister een aanvraag indienen met het oog op de erkenning van bijkomende onthaalmoeders.

De dienst moet ten minste over het personeel beschikken dat in artikel 12 bepaald wordt.

Art. 8. Wordt er aan de bepalingen van voorliggend besluit niet voldaan, dan kan de Minister op advies van de D.K.F. de erkenning intrekken en/of de subsidiëring geheel of gedeeltelijk schorsen of verminderen.

Afdeling 2. — Opvang

Art. 9. § 1. Er moet van maandag tot vrijdag tijdens ten minste 10 uren per dag voor de opvang gezorgd worden, en dit gedurende 220 werkdagen per kalenderjaar.

In specifieke situaties en noodgevallen kan de opvang van de kinderen 's nachts of op de zaterdagen, zondagen of feestdagen plaatsvinden.

§ 2. De dienst kan een buitenschoolse opvang organiseren op voorwaarde dat :

- de voorrang gegeven wordt aan de begeleidingsopdracht m.b.t. de jonge kinderen. Bij de buitenschoolse opvang wordt de voorrang verleend aan de gezinnen waarvan de jonge kinderen al opgenomen worden of zijn;

- het bepaalde "opvangkapitaal" en de maximale opnamecapaciteit worden in acht genomen;

- de onthaalmoeders mogen vrij beslissen of ze al dan niet voor een buitenschoolse opvang zorgen.

§ 3. Kinderen die licht ziek zijn, kunnen opgenomen worden voor zover deze kinderen andere kinderen die de onthaalmoeder zijn toevertrouwd geen risico laten lopen.

In twijfelgevallen kan de dienst een medisch attest verlangen en/of de D.K.F. raadplegen.

Als een kind om gezondheidsredenen langer dan twee dagen afwezig is, kan de dienst voordat hij het kind weer opneemt, een medisch attest verlangen dat bewijst dat het betrokken kind voor de andere niet besmettelijk is.

Art. 10. De dienst zorgt :

1° voor de ontvangst en de rechtstreekse follow-up van de aanvragen om opvang;

2° ervoor dat elke onthaalmoeder over een "opvangkapitaal" van ten hoogste 80 dagen per maand beschikt voor alle haar toevertrouwde kinderen;

3° indien mogelijk, voor de continuïteit van de opvang van het kind bij tijdelijke onbeschikbaarheid van de onthaalmoeder;

4° voor de voortgezette psycho-sociale begeleiding van de opgevangen kinderen wat hun ontplooiing, hun opvoeding en hun gezondheid betreft;

5° de begeleiding en de voortgezette opleiding van de onthaalmoeders.

Ten hoogste mag een onthaalmoeder gelijktijdig drie kinderen onder drie jaar en in het geheel vijf onder zeven jaar opnemen, waarbij haar eigen kinderen in de maximale opnamecapaciteit meegerekend worden als ze aan de voorwaarden qua leeftijd beantwoorden.

De dienst kan de onthaalmoeders tijdelijk toelaten het toegekende "opvangkapitaal" en de opnamecapaciteit te verhogen.

Art. 11. Het personeel van de dienst wisselt regelmatig gegevens uit met de personen belast met de opvoeding van de kinderen. Het roept al deze personen ten minste één keer per jaar samen om hun standpunt in het pedagogisch concept te kunnen inbouwen.

De personen belast met de opvoeding verkrijgen schriftelijk alle nodige inlichtingen over de werking van de dienst.

De maatschappelijk werker/de sociaal verpleger toegewezen aan de persoon belast met de opvoeding moet ten minste één keer per week, per telefoon, ter hare beschikking staan tijdens de vooraf bepaalde tijdperken om haar inlichtingen te kunnen verstrekken en met haar over de problemen te discussiëren.

Het personeel informeert zich regelmatig over de levensomstandigheden van de kinderen, hun gedrag en hun voeding in samenwerking met de onthaalmoeders en de personen belast met de opvoeding en zorgt ervoor dat deze laatste personen aan de begeleidingsopdracht deelnemen.

De personen belast met de opvoeding worden regelmatig over de ontwikkeling van hun kind geïnformeerd op de door de dienst bepaalde wijze.

Afdeling 3. — Bepalingen inzake personeel

Art. 12. § 1. De dienst moet over vakpersoneel beschikken overeenkomstig volgende tabel waarvan de voorwaarden cumulatief zijn :

Vakpersoneel	Onthaalmoeders	Minimaal aantal opgevangen kinderen onder drie jaar
1	25	50
1,5	26-38	51-76
1,75	39-44	77-88
2	45-57	89-114
2,5	58-70	115-140
3	71-83	141-166

Elk personeelslid moet ten minste een halftijdse betrekking hebben.

Alle leden van het vakpersoneel moeten houder zijn van het diploma van maatschappelijk assistent of van sociaal verpleger.

De opdracht van het vakpersoneel bestaat er hoofdzakelijk in de onthaalmoeders te kiezen, de kinderen te plaatsen, de personen belast met de opvoeding te adviseren alsmede de onthaalmoeders te begeleiden en voor hun voortgezette opleiding te zorgen.

§ 2. De dienst beschikt over een secretariaat en biedt ten minste één keer per week "open" consulten aan.

De beambte bevoegd voor het secretariaat, die ten minste een halftijdse betrekking heeft, is houder van het diploma van het hoger secundair onderwijs.

§ 3. Jaarlijks in de loop van de maand februari dient de dienst een samenvattende lijst in met het personeel dat het voorafgaande jaar effectief tewerkgesteld is. Deze lijst moet de volgende persoonsgegevens opnemen : het geboortjaar, het diploma, de functie, de indiensttreding, de dienstanciënniteit, de arbeidsregeling, de toepasselijke barema's alsmede de brutowedde.

Elke wijziging qua personeel moet binnen de veertien dagen aan de D.K.F. medegedeeld worden.

Afdeling 4. — Onthaalmoeders

Art. 13. Om als onthaalmoeder tewerkgesteld te worden moet de persoon :

1° ten minste 18 en ten hoogste 65 jaar oud zijn;

2° zich onderworpen aan een bevoegdheidsselectie door de dienst. Deze procedure houdt rekening met de opvoedkundige bekwaamheid, de disponibiteit, de hygiënische omstandigheden en de opnamemogelijkheden van de ruimten alsmede de bereidheid om samen te werken met de dienst en de personen belast met de opvoeding. De selectieprocedure moet vooraf door de D.K.F. goedgekeurd worden;

3° voor zichzelf en voor de meerderjarige personen die tot haar gezin behoren en/of met de opgenomen kinderen regelmatige contacten zullen hebben, een voor een openbaar bestuur bestemd getuigschrift van goed zedelijk gedrag voorleggen. Bij wijziging van de samenstelling van het gezin geldt deze verplichting ook voor elk nieuw gezinslid. In gerechtvaardigde gevallen kan de dienst te allen tijde opnieuw van de onthaalmoeders verlangen dat zij voor deze personen een getuigschrift van goed zedelijk gedrag voorleggen;

4° jaarlijks het bewijs leveren dat zij niet aan een besmettelijke longaandoening lijdt;

5° het bewijs leveren dat zij en de vrouwelijke leden van haar gezin tegen rodehond ingeënt zijn, behoudens bij tegenstrijdig medisch attest;

6° het bewijs leveren dat haar eigen kinderen onder 7 jaar overeenkomstig de onderrichtingen van de D.K.F. ingeënt zijn;

7° in het bezit zijn van een vergunning uitgereikt door het bevoegde College van burgemeester en schepenen.

Art. 14. § 1. De dienst moet t.o.v. de onthaalmoeders :

1° met hen een contract sluiten overeenkomstig de onderrichtingen van de D.K.F. Eens ondertekend wordt het contract aan de D.K.F. betekend;

2° hen in de uitvoering van hun opdracht ondersteunen en de contacten bevorderen/vergemakkelijken met de personen belast met de opvoeding;

3° de uitrusting te hunner beschikking stellen die voor de opvang van jonge kinderen noodzakelijk is;

4° te hunner gunst een verplichte verzekering van de burgerrechtelijke aansprakelijkheid aangaan;

5° voor hun voortgezette opleiding zorgen.

Elke onthaalmoeder moet aan een voortgezette opleiding van ten minste 10 uur per jaar deelnemen. Die opleiding behandelt thema's zoals de gezondheidsonderwijs, de psychologie en de algemene opvoeding van het kind zoals de ontwikkeling van de taken van de onthaalmoeder. De thema's moeten de D.K.F. vóór het begin van de opleiding medegedeeld en door hem goedgekeurd worden. Te dien einde dient de dienst vóór het begin van elk semester een programma van de beoogde activiteiten in.

De dienst moet het programma m.b.t. bijkomende activiteiten inzake voortgezette opleiding 14 dagen vóór de bekendmaking ervan aan de D.K.F. meedelen.

§ 2. De plaatsing van de kinderen gebeurt door bemiddeling van de dienst.

§ 3. De maatschappelijk werker/de sociaal verpleger toegewezen aan de onthaalmoeder moet ten minste één keer per week, per telefoon, ter hare beschikking staan tijdens de vooraf bepaalde tijdperken om haar inlichtingen te kunnen verstrekken en met haar over de problemen te discussiëren.

Art. 15. In gerechtvaardigde gevallen en op verzoek van de dienst of van de persoon belast met de opvoeding moet de onthaalmoeder met de haar toevertrouwde kinderen bij het door de D.K.F. georganiseerd opsporingsonderzoek verschijnen.

Afdeling 5. — Inschrijving - Kostenbijdrage

Art. 16. § 1. Voor de opvang is de indiening van een aanvraag om opvang een vereiste.

Elke aanvraag om opvang wordt in een register opgenomen dat ten minste de identiteit en de leeftijd van het kind, de datum van de aanvraag om opvang en, desgevallend, de datum waarop het opvangcontract ondertekend wordt en de datum bepaald voor het einde van de opvang alsmede die gevraagd voor het begin van de opvang en die waarop de opvang werkelijk begint.

Ten laatste 8 weken vóór de gevraagde opvang is de dienst verplicht de persoon belast met de opvoeding mede te delen of een opvang op de gevraagde datum al dan niet mogelijk is.

Binnen één week na die verbintenis betaalt de persoon belast met de opvoeding een boekingsgeld bepaald overeenkomstig de Bijlage 2.

Het boekingsgeld wordt behouden als de persoon belast met de opvoeding haar aanvraag om opvang vóór de sluiting van het contract intrekt.

Bij het aflopen van het opvangcontract wordt het boekingsgeld terugbetaald of komt in mindering van de eventueel nog te betalen bedragen.

§ 2. Ten laatste 2 weken vóór het begin van de opvang sluit de dienst een opvangcontract met de persoon belast met de opvoeding, overeenkomstig de onderrichtingen van de D.K.F.

De persoon belast met de opvoeding en de dienst kunnen bovenvermeld contract opzeggen mits een opzeggingstermijn van drie maanden.

Art. 17. § 1. De kostenbijdrage van de persoon belast met de opvoeding voor het onthaal van hun kinderen door onthaalmoeders wordt berekend overeenkomstig de tabel van Bijlage 2.

Zij niet inbegrepen de kosten voor dieetvoeding, voor geneesmiddelen, voor luiers, voor poedermelk, voor niet gebruikelijke merkproducten noch de kosten voor "biologische voedingsmiddelen".

§ 2. Een halve plaatsingsdag duurt van 0 tot 5 uren, een hele plaatsingsdag 5 uren en meer.

Wat de buitenschoolse opvang betreft, stemt een opvang van 0 tot 3 uren overeen met 1/3 plaatsingsdag.

De toegepaste voet belooft 100 % van de dagelijkse kostenbijdrage voor een hele plaatsingsdag, 60 % voor een halve plaatsingsdag en 33 % voor 1/3 plaatsingsdag buitenschoolse opvang, overeenkomstig de tabel van Bijlage 2.

Worden ten minste twee kinderen van de persoon belast met de opvoeding gelijktijdig opgenomen, onder wie één ten minste 3 jaar oud is, dan belooft de bijdrage 100 % voor het kind dat in de loop van één maand de meeste plaatsingsdagen telt en 70 % voor het kind dat in de loop van dezelfde maand de minste plaatsingsdagen telt.

Worden twee kinderen onder drie jaar gelijktijdig opgenomen dan belooft de kostenbijdrage per kind 70 % van de kostenbijdrage bepaald in het derde lid. Die vermindering geldt eveneens voor elk kind van een gezin dat fiscaal ten minste drie kinderen ten laste heeft.

Onder "gelijktijdige opvang" verstaat men de opvang door de kribbe en/of door de dienst voor onthaalmoeders.

Art. 18. § 1. De kostenbijdrage wordt berekend op basis van de gecumuleerde maandelijks netto-inkomsten van het gezin van de persoon belast met de opvoeding.

Worden in deze zin als "gezin" beschouwd de echtgenoten, de samenlevenden alsmede de alleenstaanden belast met de opvoeding van een kind.

Worden als inkomsten beschouwd :

1° het beroepsinkomen;

2° de sociale uitkeringen zoals de uitkeringen wegens ziekte of invaliditeit, de pensioenen, de arbeidsongevallen- en -ziektenvergoedingen, de werkloosheidsuitkeringen, de gehandicaptenuitkeringen of de loopbaanonderbrekingsuitkeringen;

3° het gewaarborgd inkomen, het wettelijk bestaansminimum, de tegemoetkomingen van het OCMW;

4° de verkregen uitkeringen tot levensonderhoud.

De referentiemaand voor de berekening van de kostenbijdrage is de maand november.

Een jaarlijkse aanpassing van de bijdrage gebeurt in januari.

De persoon belast met de opvoeding dient bij de ondertekening van het opvangcontract de dienovereenkomstige inkomstenbewijzen in.

In plaats van die bewijzen kan de dienst ook het laatste aanslagbiljet aanvaarden. In dat geval stemmen de inkomsten overeen met het netto belastbaar inkomen verhoogd met 20 %. Het inkomen opgenomen in het nieuwe aanslagbiljet wordt jaarlijks ten laatste op 1 juli in aanmerking genomen.

Het kinderbijslag en de studietoelagen worden niet in aanmerking genomen.

Slechts de werkelijk gestorte uitkeringen tot levensonderhoud mogen van het inkomen afgetrokken worden.

De dienst informeert de persoon belast met de opvoeding dat elke wijziging van het gezinsinkomen die ten minste 10 % van de overeenkomstig voorliggend artikel bepaalde inkomsten belooft hem onmiddellijk moet worden medegedeeld. De dienst past de kostenbijdrage dienovereenkomstig aan vanaf de maand volgend op de wijziging.

Wordt een verhoging met ten minste 10 % van de inkomsten niet medegedeeld, dan past de dienst - zodra hij op de hoogte ervan is - de maximale voet van de in Bijlage 2 bepaalde kostenbijdrage toe, en dit met terugwerkende kracht vanaf het begin van de opvang.

§ 2. Worden de in § 1 bedoelde bewijzen niet voorgelegd, dan wordt de maximale kostenbijdrage gevraagd.

Art. 19. Wegens de bijzondere financiële situatie van de persoon belast met de opvoeding of als het gezinsinkomen lager is dan het wettelijk bestaansminimum, dan kan de dienst voor een maximale duur van drie maanden de kostenbijdrage dienovereenkomstig verminderen. De dienst onderzoekt de bijzondere financiële situatie.

Voor zover de in het eerste lid bedoelde situatie voortduurt, dient de dienst bij de D.K.F. - veertien dagen vóór het verstrijken van de voorgeschreven termijn - een met redenen omklede aanvraag in om een verlaagde bijdrage verder te kunnen toepassen.

Art. 20. In het kader van het opvangplan vastgelegd in het contract beschikt de persoon belast met de opvoeding, bij een opvang van 5 hele dagen per week, over een "krediet" van 35 vrije dagen per plaatsingsjaar voor de afwezigheid van het kind en de periodes waar de dienst vakantie heeft. Bij deeltijdse opvang worden de kredietdagen naar rato verminderd.

Een retributie ten belope van 60 % van de vastgelegde kostenbijdrage moet worden betaald als het kind langer dan de toegekende kredietdagen afwezig is, behoudens in geval van ziekte van de onthaalmoeder, voor de verlofdagen van de onthaalmoeder die tijdens de maanden juli en augustus meer dan 4 weken bedragen, of ingeval van opname van het kind in een ziekenhuis.

Afdeling 6. — Financiële bepalingen

Art. 21. De onthaalmoeder verkrijgt van de dienst een vergoeding van 440 frank per hele plaatsingsdag en van 264 frank per halve plaatsingsdag. Voor 1/3 dag buitenschoolse opvang verkrijgt de onthaalmoeder 147 frank.

De vergoeding wordt met 50 % verhoogd telkens als artikel 24, § 2 toegepast wordt.

Wordt artikel 20, lid 2 toegepast, dan verkrijgt de onthaalmoeder een vergoeding van 220 frank per hele plaatsingsdag, 110 frank per halve plaatsingsdag en 73 frank voor 1/3 dag buitenschoolse opvang.

Art. 22. Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen verleent de Regering, overeenkomstig volgende bepalingen, toelagen voor de aanneembare kosten m.b.t. het personeel, de opvang, het beheer en de voortgezette opleiding.

Art. 23. § 1. Met inachtneming van de personeelsleutel bepaald in artikel 12, § 1, worden slechts in aanmerking genomen voor de subsidiëring van de personeelskosten de personeelsleden die houder zijn van de in voorliggend besluit vastgelegde diploma's. De werkelijke functie van de verschillende personeelsleden is beslissend voor de subsidiëring.

§ 2. Voor het vakpersoneel bedoeld in artikel 12, §1, verkrijgt de dienst een forfaitaire toelage bepaald overeenkomstig de Bijlage 1, I.

Die toelage is samengesteld uit de volgende forfaitaire bedragen : de doorsnede van de brutowedde verhoogd met het overeenstemmend dubbel vakantiegeld, het aanvullend dubbel vakantiegeld, de eindejaarspremie, de werkgeversbijdragen en andere loonkosten. Die doorsnede wordt per periode van 5 jaar dienstanciënniteit berekend.

Om de dienstjaren te berekenen worden de beroepsactiviteiten die bij de indiensttreding in het kinderwerk gepresteerd zijn volledig in aanmerking genomen. De andere beroepsactiviteiten worden voor de helft in aanmerking genomen.

Jaarlijks in januari en in juli stelt de D.K.F. op basis van de door de dienst ingediende documenten een bericht op wat de onthaalmoeders betreft die kinderen werkelijk opnemen. Indien de toestand met de in artikel 12, § 1 bepaalde personeelsleutel niet overeenstemt, dan mag de subsidiëring verminderd worden zes maanden nadat de feiten vastgesteld werden.

§ 3. Wat de in artikel 12, § 2 bedoelde beambte betreft, verkrijgt de dienst - als hij ten minste 60 onthaalmoeders tewerkstelt - de forfaitaire toelage voor den halve betrekking, zoals bepaald in bijlage 1, II. Van 1 januari 1998 tot 30 juni 1999 stemt die forfaitaire toelage overeen met degene voor de secretariaatsbeambte met een halftijdse betrekking overeenkomstig bijlage 1, IV.

Bij de indiensttreding wordt de dienstanciënniteit van de beambte, in geval van voorafgaande beroepsactiviteit, voor de helft in aanmerking genomen.

§ 4. Voor het vakpersoneel met een voltijdse betrekking wordt een forfaitair bedrag van 2.930 frank per maand toegekend voor de reiskosten. Bij deeltijdse tewerkstelling wordt het bedrag naar rato verminderd.

§ 5. De §§ 2 en 3 van voorliggend artikel hebben uitwerking op 1 januari 1998, § 4 treedt in werking op 1 juli 1999.

Art. 24. § 1. Wat de kosten voor het onthaal betreft, verkrijgt de dienst een toelage die overeenstemt met het verschil tussen de dagelijkse vergoeding van de onthaalmoeders, bepaald in artikel 21, en de kostenbijdrage van de personen belast met de opvoeding, met inbegrip van de retributie waarin artikel 20 voorziet.

§ 2. Voor het onthaal van gehandicapte kinderen mag de dienst een bijkomende toelage verkrijgen ten belope van 50 % van de in artikel 21 bedoelde dagelijkse vergoeding, als zij bijzondere zorgen, een meer intensief toezicht en een grotere aandacht nodig hebben.

Te dien einde dienen de diensten een individuele aanvraag om beslissing in bij de D.K.F., samen met een door een gespecialiseerde instelling of een geneesheer-specialist uitgebracht advies of, desgevallend, met een sociaal verslag.

Art. 25. Voor de technisch-administratieve kosten wordt een toelage van 28,5 frank per kind voor elke plaatsingsdag en/of dag waarvoor een retributie moet worden betaald.

Art. 26. § 1. Voor de organisatie van de in artikel 14, § 1 bedoelde voortgezette opleiding van de onthaalmoeders en als de ter zake opgelegde verplichtingen nagegaan zijn, verkrijgt de dienst een jaarlijks forfaitair bedrag van ten minste 50.000 frank op voorlegging van bewijsstukken. Voor de deelneming van de onthaalmoeders aan deze voortgezette opleiding en als de ter zake opgelegde verplichtingen nagegaan zijn, verkrijgt de dienst per onthaalmoeder een jaarlijks forfaitair bedrag van 1.500 frank dat de onthaalmoeders moet worden uitbetaald.

Voor de organisatie van de voortgezette opleiding van het vakpersoneel verkrijgt de dienst een jaarlijks forfaitair bedrag van 30.000 frank.

Om deze toelagen m.b.t. de voortgezette opleiding te kunnen genieten moet de dienst, op het einde van elk jaar, de D.K.F. een lijst voorleggen met de deelnemers aan de tijdens het aflopende jaar georganiseerde voortgezette opleidingen.

§ 2. Voorliggend artikel treedt in werking op 1 juli 1999.

Art. 27. De met toepassing van voorliggende afdeling toegekende toelagen worden onder volgende voorwaarden uitbetaald :

- op het begin van de maand verkrijgt de dienst een voorschot ten belope van 90 % van de gemiddelde maandelijke toelage die jaarlijks in januari op basis van de toelagen vastgelegd wordt die voor de eerste twee trimesters van het voorafgaande jaar uitbetaald werden;
- het verschil tussen de voorschotten en de werkelijk uit te betalen toelage wordt om de drie maanden op voorlegging van de bewijsstukken betaald;
- voor de diensten die na de inwerkingtreding van dit besluit erkend worden, wordt een eerste voorschot zes maanden na het begin van de werkzaamheden betaald. Dit voorschot wordt berekend op basis van de gemiddelde aanneembare kosten van de zes afgelopen maanden.

Afdeling 7. — Financieel bestuur

Art. 28. Elk jaar in de maand november legt de dienst een budgettair voorstel aan de D.K.F. voor.

Elk jaar, ten laatste voor 31 mei, betekent de dienst de D.K.F. een afschrift van de balans en van de resultaatrekening van het voorafgaande jaar.

HOOFDSTUK III. — *Kribben*

Afdeling 1. — Erkenning en opdrachten

Art. 29. § 1. Om erkend te worden, stuurt de inrichtende macht van de kribbe een aanvraag met volgende documenten aan de Minister :

- 1° de identiteit van de aanvrager;
- 2° de statuten van de rechtspersoon;
- 3° het bewijs dat er een behoefte aan opvang bestaat, rekening houdend met de geografische, demografische en socio-economische gegevens;
- 4° de identiteit en de kwalificatie van de personen belast met het toezicht op de kinderen;
- 5° de aangevraagde opnamecapaciteit;
- 6° het financieringsplan;
- 7° het omstandig pedagogisch concept waarin o.a. het doel, het beoogde toezicht, de beschrijving van de infrastructuur, de functiebeschrijving m.b.t. het personeel en de beschrijving van de samenwerking met de persoon belast met de opvoeding en de andere instellingen nauwelijks uitgelegd worden;
- 8° het huishoudelijk reglement waarin de contractmodaliteiten, de werking en de door de kribbe beoogde gezondheidsbevordering uitgelegd worden.

Wijzigingen m.b.t. gegevens vermeld in deze documenten moeten de D.K.F. binnen de vijf dagen medegedeeld worden.

§ 2. De kribbe moet een minimale opnamecapaciteit van 18 plaatsen hebben en over het personeel bepaald in artikel 35 beschikken.

§ 3. De Minister beslist op advies van de D.K.F. over de aanvraag om erkenning. De beslissing tot erkenning vermeldt de erkende opnamecapaciteit alsmede de personeelssleutel vastgelegd overeenkomstig artikel 35. Om de opnamecapaciteit te verhogen dient de erkende kribbe een met redenen omklede aanvraag bij de Minister in.

Art. 30. Wordt er aan de bepalingen van voorliggend besluit niet voldaan, dan kan de Minister op advies van de D.K.F. de erkenning intrekken en/of de subsidiëring geheel of gedeeltelijk schorsen of verminderen.

Afdeling 2. — Opvang

Art. 31. Er moet van maandag tot vrijdag tijdens ten minste 10 uren per dag voor de opvang gezorgd worden, en dit gedurende 220 werkdagen per kalenderjaar.

Kinderen die licht ziek zijn, kunnen opgenomen worden voor zover deze kinderen andere kinderen die de onthaalmoeder zijn toevertrouwd geen risico laten lopen. Te dien einde kan de dienst een medisch attest verlangen. In twijfelgevallen beslist de voor de kribbe bevoegde geneesheer of het kind al dan niet blijven kan resp. opnieuw kan worden opgenomen.

De ouders verplichten er zich toe de kinderen overeenkomstig de onderrichtingen van de D.K.F. te laten inenten.

Art. 32. § 1. Het personeel wisselt regelmatig gegevens uit met de personen belast met de opvoeding van de kinderen. De kribbe roept al deze personen ten minste één keer per jaar samen om hun standpunt in het pedagogisch concept te kunnen inbouwen.

De personen belast met de opvoeding verkrijgen schriftelijk alle nodige inlichtingen over de werking van de kribbe.

§ 2. Het personeel informeert zich regelmatig over de levensomstandigheden van de kinderen, hun gedrag en hun voeding in samenwerking met de onthaalmoeders en de personen belast met de opvoeding en zorgt ervoor dat deze laatste personen aan de begeleidingsopdracht deelnemen.

De personen belast met de opvoeding worden regelmatig over de ontwikkeling van hun kind geïnformeerd op de door de kribbe bepaalde wijze.

Afdeling 3. — Bepalingen inzake lokalen en situatie

Art. 33. Het oord waar de kribbe gelegen is, moet aan volgende eisen voldoen :

- gemakkelijke toegang voor het publiek;
- verkeersveiligheid;
- omgeving waar de kinderen zich thuis voelen;
- spelmogelijkheden in openlucht.

Het gebouw moet aan de bepalingen beantwoorden die inzake brandbeveiliging van toepassing zijn.

Als de kribbe deel uitmaakt van een gebouw dat voor andere doeleinden bestemd is, dan moet ze over een gescheiden ingang beschikken.

De kribbe beschikt over haar eigen telefoonaansluiting.

Art. 34. § 1. De totale minimale oppervlakte van de lokalen van de kribbe beloopt 12 m² per "plaats", waarvan 5,5 à 6 m² voor de spel-, de rust- en de eethoeken en 2 à 3 m² voor de opvang en de zorgen.

In de lokalen bestemd voor het toezicht bedragen de openingen voor daglicht ten minste 1/6 van de oppervlakte.

§ 2. Alle lokalen moeten gemakkelijk kunnen worden gereinigd, over een voldoende verlichting, een goede luchtverversing en een goede verwarming beschikken.

In alle lokalen die voor de kinderen toegankelijk zijn, moet de vloerbekleding antislip zijn.

§ 3. Het rustlokaal is gescheiden van de andere lokalen. Indien zuigelingen opgenomen worden, dan moet in een gescheiden rustoppervlakte voorzien worden.

De inrichting van de keuken maakt een snelle en eenvoudige verdeling van het voedsel mogelijk.

Het lokaal bestemd voor de hygiënische zorgen is uitgerust met een voldoende aantal wastafels, babycommodes en aangepaste toiletten.

§ 4. De kribbe beschikt over een isoleerkamer met visueel contact voor het vakpersoneel.

Afdeling 4. — Bepalingen inzake personeel

Art. 35. De kribbe moet over vakpersoneel beschikken overeenkomstig volgende tabel waarvan de voorwaarden cumulatief zijn :

Aantal plaatsen	Kinderenverzorgers	Maatschappelijk assistent sociaal verpleger
18	3	0,5
21	3,5	0,5
24	4	0,75
27	4,5	0,75
30	5	1

Elk personeelslid moet ten minste een halftijdse betrekking hebben.

De maatschappelijk assistent/sociaal verpleger moet houder zijn van het dienovereenkomstig diploma van het hoger onderwijs. Hij is bij voorrang belast met het bestuur van de kribbe, de voortgezette opleiding van de kinderenverzorgers alsmede met de samenstelling van de ploegen. Hij dient als "tussenpersoon" tussen de dienst, de ouders en de kinderenverzorgers.

De kinderenverzorgers moeten houder zijn van het diploma van kinderenverzorger of een door de Duitstalige Gemeenschap erkende opleiding op het gebied van het toezicht op jonge kinderen met vrucht hebben beëindigd. De Minister kan andere diploma's toelaten als een opleiding of een voor de beoogde functie nuttige ervaring van ten minste één jaar kan bewezen worden. De kinderenverzorgers nemen deel aan een door de kribbe georganiseerde voortgezette opleiding. De bij de voortgezette opleiding behandelde thema's moeten de D.K.F. vóór het begin ervan medegedeeld en door hem goedgekeurd worden. Te dien einde dient de kribbe vóór het begin van elk semester een programma van de beoogde activiteiten in.

Art. 36. De D.K.F. stelt een geneesheer ter beschikking van de kribbe om voor de medisch-sociale follow-up van de kinderen te zorgen. De medisch-sociale follow-up bestaat er bij voorrang in :

- medische raadgevingen aan het personeel te verstrekken wat het toezicht op zieke kinderen betreft;
- een eerste onderzoek van het kind vóór het begin van de opvang door te voeren en bij twijfelgevallen een beslissing te nemen over het verblijf of de heropname van het kind;
- in samenwerking met de D.K.F. opsporingsonderzoeken uit te voeren.

Art. 37. Jaarlijks in de loop van de maand februari dient de inrichtende macht een samenvattende lijst in met het personeel dat het voorafgaande jaar tewerkgesteld is. Deze lijst moet de volgende persoonsgegevens opnemen : het geboortjaar, het diploma, de functie, de indiensttreding, de dienstanciënniteit, de arbeidsregeling, de toepasselijke barema's alsmede de brutowedde.

Elke wijziging qua personeel moet binnen de veertien dagen aan de D.K.F. medegedeeld worden.

Afdeling 5. — Inschrijving - Kostenbijdrage

Art. 38. Hoofdstuk II, afdeling 5, van voorliggend besluit is van toepassing.

Afdeling 6. — Financiële bepalingen

Art. 39. Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen verleent de Regering, overeenkomstig volgende bepalingen, toelagen voor de aanneembare kosten m.b.t. het personeel en de voortgezette opleiding.

Art. 40. § 1. Met inachtneming van de personeelsleutel bepaald in artikel 35 worden slechts in aanmerking genomen voor de subsidiëring van de personeelskosten de personeelsleden die houder zijn van de in voorliggend besluit vastgelegde diploma's. De werkelijke functie van de verschillende personeelsleden is beslissend voor de subsidiëring.

§ 2. Voor het vakpersoneel bedoeld in artikel 35 wordt een forfaitaire toelage bepaald overeenkomstig de Bijlage 1, I en III, toegekend. Die toelage houdt rekening met de gegevens bedoeld in artikel 23, § 2, lid 2.

Indien de kinderen verzorger in het kader van maatregelen ter bevordering van de werkgelegenheid tewerkgesteld wordt, stemt de toelage overeen met het verschil tussen de in Bijlage 1, III vastgelegde barema's en de tegemoetkomingen van de openbare overheden.

Om de dienstjaren te berekenen worden de beroepsactiviteiten die bij de indiensttreding in het kinderwerk gepresteerd zijn volledig in aanmerking genomen. De andere beroepsactiviteiten worden voor de helft in aanmerking genomen.

§ 3. Voorliggend artikel treedt in werking op 1 juli 1999.

Art. 41. § 1. Voor de organisatie van de in artikel 35 bedoelde voortgezette opleiding en als de ter zake opgelegde verplichtingen nagegaan zijn, verkrijgt de kribbe een jaarlijks forfaitair bedrag van ten hoogste 30.000 frank op voorlegging van bewijsstukken. Dit forfaitair bedrag bevat ook de kosten voor de voortgezette opleiding m.b.t medische vragen.

§ 2. Dit artikel treedt in werking op 1 juli 1999.

Art. 42. Voor de opvang van gehandicapte kinderen kan de kribbe, indien die kinderen bijzondere zorgen, een meer intensief toezicht en een grotere aandacht nodig hebben, een bijkomende toelage verkrijgen die per dag en per kind 220 frank voor een hele plaatsingsdag en 132 frank voor een halve plaatsingsdag belooft. Te dien einde moet een aanvraag om beslissing bij de D.K.F. ingediend worden samen met een advies uitgebracht door een gespecialiseerde instelling of een geneesheer-specialist of, desgevallend, met een sociaal verslag.

Afdeling 7. — Financieel bestuur

Art. 43. Elk jaar in de maand november legt de kribbe een budgettair voorstel aan de D.K.F. voor.

Elk jaar, ten laatste voor 31 mei, betekent de kribbe de D.K.F. een afschrift van de balans en van de resultaatrekening van het voorafgaande jaar.

HOOFDSTUK IV. — Algemene bepalingen

Art. 44. Projecten met beperkte duur en geografische omvang kunnen aan de aanvraag inzake opvang van jonge kinderen voldoen waaraan de bestaande opvangsvormen niet beantwoorden.

De beschrijving van de opdrachten en de financiering van die projecten zijn dan onderworpen aan de met de Regering gesloten overeenkomst.

Art. 45. De bedragen vastgelegd in de artikelen 21, 23, § 4, 25 en 42 zijn gekoppeld aan de indexering van de wedden van de openbare dienst van de Duitstalige Gemeenschap. Het toepasselijk spilindex belooft 138,01.

Art. 46. § 1. De in voorliggend besluit bedoelde opvangsvormen zijn onderworpen aan het toezicht van de D.K.F.

De met het toezicht belaste beambten hebben toegang tot de lokalen van de dienst tijdens de vastgelegde de openings- of bezoeken en kunnen ter plaatse alle bewijsstukken inzien die betrekking hebben tot de door de Duitstalige Gemeenschap gesubsidieerde opvangsvormen.

§ 2. Bij geschil tussen de kribbe/de dienst en de persoon belast met de opvoeding kan zich deze laatste tot de te dien einde opgerichte dienst "ombudsman" richten.

HOOFDSTUK V. — Overgangs- en slotbepalingen

Art. 47. § 1. De bij de inwerkingtreding van dit besluit bestaande kribbe beschikt over een termijn van twee jaar vanaf de inwerkingtreding van dit besluit om de bepalingen van hoofdstuk III, afdeling 3 na te komen.

§ 2. De bij de inwerkingtreding van dit besluit bestaande opvangsvormen dienen twee jaar na de inwerkingtreding van dit besluit een aanvraag om verlenging van hun erkenning in overeenkomstig de artikelen 6 resp. 29.

Art. 48. Het besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap van 12 juli 1990 tot vastlegging van de voorwaarden voor de financiële tegemoetkoming in de werkingskosten van de diensten voor onthaalmoeders, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 januari 1996, wordt opgeheven.

Art. 49. Het besluit van de Regering van 18 maart 1994 tot vaststelling van de persoonlijke kostenbijdrage van de ouders voor het onthaal door onthaalmoeders en tot vaststelling van de modaliteiten voor de berekening van deze persoonlijke kostenbijdrage wordt opgeheven.

Art. 50. Onverminderd de artikelen 23, § 5, 26, § 2, 40, § 3 en 41, § 2, treedt voorliggend besluit in werking op 1 januari 2000.

Art. 51. De Minister-President, Minister van Financiën, Internationale Betrekkingen, Gezondheid, Gezin en Bejaarden, Sport en Toerisme, is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 24 juni 1999.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,

Minister van Financiën, Internationale Betrekkingen, Gezondheid,

Gezin en Bejaarden, Sport en Toerisme,

J. MARAITE

Bijlage 1

Tabellen voor de forfaitaire berekening

I. Vakpersoneel (maatschappelijk werker/sociaal verpleger) met een voltijdse betrekking

Dienstjaren	Barema	Doorsnede bruto/jaar	Maandelijks forfait vanaf 1.1.1998	Maandelijks forfait 1.7.1999
0	621.036	643.470	80.723	82.118
1	633.497			
2	645.958			
3	658.429			
4	658.429			
5	679.796	713.277	89.358	90.902
6	679.796			
7	701.163			
8	701.163			
9	804.465			
10	804.465	830.106	103.809	105.602
11	825.832			
12	825.832			
13	847.199			
14	847.199			
15	868.577	915.117	114.324	116.299
16	868.577			
17	889.944			
18	963.555			
19	984.932			
20	984.932	1.010.577	126.132	128.310
21	1.006.299			
22	1.006.299			
23	1.027.676			
24	1.027.676			
25	1.049.044	1.061.870	132.476	134.764
26	1.049.044			
27	1.070.421			
28	1.070.421			
29	1.070.421			

II. Beambte met een voltijdse betrekking

Dienstjaren	Barema	Doorsnede bruto/jaar	Maandelijks forfait vanaf 1.7.1999
0	540.922	560.139	71.633
1	551.598		
2	562.274		
3	572.950		
4	572.950		
5	583.626	597.858	76.379
6	583.626		
7	597.858		
8	597.858		
9	626.321		
10	626.321	659.054	84.079
11	654.784		
12	654.784		
13	679.691		
14	679.691		
15	704.598	724.524	92.317
16	704.598		
17	729.505		
18	729.505		
19	754.412		
20	754.412	784.300	99.838
21	779.319		
22	779.319		
23	804.226		
24	804.226		
25	829.133	849.059	107.987
26	829.133		
27	854.040		
28	854.040		
29	878.947		

III. Vakpersoneel (kinderenverzorgers) met een voltijdse betrekking

Dienstjaren	Barema	Doorsnede bruto/jaar	Maandelijks forfait vanaf 1.7.1999
0	504.992	516.176	66.101
1	510.585		
2	516.178		
3	521.771		
4	527.353		
5	538.780	547.915	
6	538.780		
7	550.197		
8	550.197		
9	561.623		
10	561.623	575.335	
11	573.050		
12	573.050		
13	584.477		
14	584.477		
15	598.695	610.067	
16	598.695		
17	612.913		
18	612.913		
19	627.121		
20	627.121	644.182	
21	641.339		
22	641.339		
23	655.557		
24	655.557		
25	669.775	681.149	
26	669.775		
27	683.993		
28	683.993		
29	698.211		

IV. Secretariaatsbeambte met een voltijdse betrekking

Dienstjaren	Barema	Doorsnede bruto/jaar	Maandelijks forfait vanaf 1.1.1998
0	448.796	458.392	57.831
1	454.127		
2	459.458		
3	464.789		
4	464.789		
5	473.265	480.046	60.509
6	473.265		
7	481.741		
8	481.741		
9	490.217		
10	490.217	500.388	63.025
11	498.693		
12	498.693		
13	507.169		
14	507.169		
15	520.701	531.527	66.877
16	520.701		
17	534.233		
18	534.233		
19	547.765		
20	547.765	564.003	70.894
21	561.297		
22	561.297		
23	574.829		
24	574.829		
25	588.361	599.187	75.246
26	588.361		
27	601.893		
28	601.893		
29	615.425		

De forfaitaire bedragen opgenomen in de voorafgaande tabellen zijn gekoppeld aan de indexering van de wedden van de openbare dienst van de Duitstalige Gemeenschap. Het toepasselijk spilindex belooft 138, 01.

Gezien om gevoegd te worden bij het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap betreffende de opvang van de jonge kinderen.

Eupen, 24 juni 1999.

De Minister-President,

Minister van Financiën, Internationale Betrekkingen, Gezondheid,

Gezin en Bejaarden, Sport en Toerisme,

J. MARAITE

Bijlage 2

Door de personen belast met de opvoeding gedragen dagelijkse kostenbijdrage en boekingsgeld

Enig artikel. De door de gebruiker gedragen dagelijkse kostenbijdrage en het boekingsgeld worden als volgt vastgelegd :

Samengevoegd netto-maandelijks inkomen	Bijdrage				Boekingsgeld
	100 %	70 %	60 %	33 %	
Inkomen					
tot 19.999	52	52	52	52	3.000
20.000 - 20.999	77	54	52	25	3.000
21.000 - 21.999	91	64	55	30	3.000
22.000 - 22.999	107	75	64	35	3.000
23.000 - 23.999	123	86	74	41	3.000
24.000 - 24.999	135	95	81	45	3.000
25.000 - 25.999	140	98	84	46	3.000
26.000 - 26.999	146	102	88	48	3.000
27.000 - 27.999	151	106	91	50	3.000
28.000 - 28.999	157	110	94	52	3.000
29.000 - 29.999	162	113	97	53	3.000
30.000 - 30.999	168	118	101	55	3.000
31.000 - 31.999	180	126	108	59	3.000
32.000 - 32.999	186	130	112	61	3.000
33.000 - 33.999	191	134	115	63	3.000
34.000 - 34.999	197	138	118	65	3.000
35.000 - 35.999	202	141	121	67	3.000
36.000 - 36.999	208	146	125	69	3.000
37.000 - 37.999	213	149	129	70	3.000
38.000 - 38.999	219	153	131	72	3.000
39.000 - 39.999	224	157	134	74	3.000
40.000 - 40.999	230	161	138	76	3.000
41.000 - 41.999	235	165	141	78	3.000
42.000 - 42.999	241	169	145	80	3.000
43.000 - 43.999	246	172	148	81	3.000
44.000 - 44.999	252	176	152	83	3.000
45.000 - 45.999	257	180	154	85	3.000
46.000 - 46.999	263	184	158	87	3.000
47.000 - 47.999	268	188	161	88	3.000
48.000 - 48.999	274	192	164	90	3.000
49.000 - 49.999	279	195	167	92	3.000

Samengevoegd netto-maandelijks inkomen	Bijdrage				Boekingsgeld
	100%	70%	60%	33%	
50.000 - 50.999	285	200	171	94	5.000
51.000 - 51.999	290	203	174	96	5.000
52.000 - 52.999	296	207	178	98	5.000
53.000 - 53.999	301	211	181	99	5.000
54.000 - 54.999	307	215	184	101	5.000
55.000 - 55.999	312	218	187	103	5.000
56.000 - 56.999	318	223	191	105	5.000
57.000 - 57.999	323	226	194	107	5.000
58.000 - 58.999	329	230	197	109	5.000
59.000 - 59.999	334	234	200	110	5.000
60.000 - 60.999	340	238	204	112	5.000
61.000 - 61.999	345	242	207	114	5.000
62.000 - 62.999	351	246	211	116	5.000
63.000 - 63.999	356	249	214	117	5.000
64.000 - 64.999	362	253	217	119	5.000
65.000 - 65.999	367	257	220	121	5.000
66.000 - 66.999	373	261	224	123	5.000
67.000 - 67.999	378	265	227	125	5.000
68.000 - 68.999	384	269	230	127	5.000
69.000 - 69.999	389	272	233	128	5.000
70.000 - 70.999	395	277	237	130	5.000
71.000 - 71.999	400	280	240	132	5.000
72.000 - 72.999	406	284	244	134	5.000
73.000 - 73.999	411	288	247	135	5.000
74.000 - 74.999	417	292	250	138	5.000
75.000 - 75.999	422	295	253	139	5.000
76.000 - 76.999	428	300	257	141	5.000
77.000 - 77.999	433	303	260	143	5.000
78.000 - 78.999	439	307	263	145	5.000
79.000 - 79.999	444	311	266	147	5.000
80.000 - 80.999	450	315	270	149	7.000
81.000 - 81.999	455	319	273	150	7.000
82.000 - 82.999	461	323	277	152	7.000
83.000 - 83.999	466	326	280	154	7.000
84.000 - 84.999	472	330	283	156	7.000
85.000 - 85.999	477	334	286	157	7.000

Samengevoegd netto-maandelijks inkomen	Bijdrage				Boekingsgeld
	100%	70%	60%	33%	
Inkomen					
86.000 - 86.999	483	338	290	159	7.000
87.000 - 87.999	488	342	293	161	7.000
88.000 - 88.999	494	346	296	163	7.000
89.000 - 89.999	499	349	299	165	7.000
90.000 - 90.999	505	354	303	167	7.000
91.000 - 91.999	510	357	306	168	7.000
92.000 - 92.999	516	361	310	170	7.000
93.000 - 93.999	521	365	313	172	7.000
94.000 - 94.999	527	369	316	174	7.000
95.000 - 95.999	532	372	319	176	7.000
96.000 - 96.999	538	377	323	178	7.000
97.000 - 97.999	543	380	326	179	7.000
98.000 - 98.999	549	384	329	181	7.000
99.000 - 99.999	554	388	332	183	7.000
100.000 - 100.999	560	392	336	185	7.000
101.000 - 101.999	565	396	339	186	7.000
102.000 - 102.999	571	400	343	188	7.000
103.000 - 103.999	576	403	346	190	7.000
104.000 - 104.999	582	407	349	192	7.000
105.000 - 105.999	587	411	352	194	7.000
106.000 - 106.999	593	415	356	196	7.000
107.000 - 107.999	598	419	359	197	7.000
108.000 - 108.999	604	423	362	199	7.000
109.000 - 109.999	609	426	365	201	7.000
110.000 - 110.999	615	431	369	203	7.000
111.000 - 111.999	620	434	372	205	7.000
112.000 - 112.999	626	438	376	207	7.000
113.000 - 113.999	631	442	379	208	7.000
114.000 - 114.999	637	446	382	210	7.000
115.000 - 115.999	642	449	385	212	7.000
116.000 - 116.999	648	454	389	214	7.000
117.000 - 117.999	653	457	392	215	7.000
118.000 - 118.999	659	461	395	217	7.000
119.000 - 119.999	664	465	398	219	7.000
120.000 en meer	669	468	401	221	7.000

Gezien om gevoegd te worden bij het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap betreffende de opvang van de jonge kinderen.

Eupen, 24 juni 1999.

De Minister-President,

Minister van Financiën, Internationale Betrekkingen, Gezondheid,

Gezin en Bejaarden, Sport en Toerisme,

J. MARAITE